

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 1,00 Mk., vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pfg., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren betragen für die sechsgepaltenen Kolonnen über deren Raum 40 Pfg., für Verordnungs- und Bekanntmachungs-Anzeigen, sowie Anzeigen 20 Pfg.

Kontopostfach: Amt 1, Nr. 1508.
Telegraphisch: Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Sonnabend, den 19. Juni 1897. Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Bum Verfassungsbruch.

Als einzigen Grund für die Zulässigkeit einer Aenderung der Verfassung ohne ein ausdrückliches Verfassungsänderungs-Gesetz führen die „Berliner Neuesten Nachrichten“ den Irrthum in einer Anmerkung des Dr. Schulze — der selbst den von uns veröffentlichten Weg für den einzig normalen hält — an: ein Amendement Keller, das zu Artikel 107 ein ausdrückliches Verfassungsänderungs-Gesetz für Verfassungsänderungen forderte, sei abgelehnt. Dieser Irrthum des Dr. Schulze wird durch die Entstehungsgeschichte des Artikel 107 der Verfassung völlig widerlegt.

Das erachtete die Kommission der zweiten Kammer für ungenügend. Sie schlug eine erschwerte Fassung vor. In diesem Kommissionsvorschlage lagen fünf Abänderungsvorschläge (Keller, Ullrich, Sattig, Nibel, von Gudenau) und zu diesen Abänderungsanträgen mehrere Amendements (Ebert und v. Rod, Freihaupt) vor. Die Anträge wollten theils ein anderes Stimmverhältniß, theils mehr Befugnisse. Zwei derselben (Keller und Ullrich) enthielten auch die lediglich redaktionelle Aenderung, daß ein besonderes Verfassungsänderungsgesetz vorhanden sein müsse.

Der Antrag Ullrich's lautete: „Abänderungen der Verfassung können auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung durch ein besonders darauf gerichtetes Verfassungsänderungsgesetz geschehen.“ Der Antrag Keller's lautete: „Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung durch ein besonders darauf gerichtetes Verfassungsänderungsgesetz geändert werden, wenn in jeder Kammer eine Stimmenmehrheit von mindestens 2/3 der anwesenden Mitglieder, welche zugleich mehr als die Hälfte der gesetzlichen Gesamtzahl der Mitglieder der Kammer ausmacht, die Aenderung beschließt.“

Daß ein besonders Verfassungsänderungsgesetz notwendig sei, ergab sich nach durchaus übereinstimmender Ansicht aller aus dem zitierten Wortlaut und aus der Vorschrift des Artikel 109 über das Verhältniß der Verfassung zu anderen Gesetzen. Dieser Vorgang ist von uns nur zur Aufklärung des Irrthums zum ersten Male aufgetauchten Versuch, den Dr. Schulze'schen Irrthum legislativ auszusprechen, angefaßt worden.

auf die Verfassung abgelegten Eides plötzlich gebrochen hat. Diese plötzliche Abweichung von der früheren Anschauung hängt mit dem zum Verfassungsbruch und zum Bruch des Verfassungseides jetzt so bereiteten Grundstimmung der Junkerpartei und in ihrer „Bitterung für Nachlaß“ zusammen.

Zum Jahre 1851 wagte selbst der „Rundschau“ der „Kreuzzeitung“ — jener berühmte Prekursor der Kamarilla — nur den König zum Verfassungsbruch und Eidesbruch aufzumuntern. Er schrieb damals: „Der Eid auf die Verfassung — was ist er anders als ein Ausruf der Wahrhaftigkeit des Menschen auf die ewige Wahrheit Gottes? Wie aber, wenn der Eid auf etwas verpflichtend soll, das dem Willen Gottes entgegen ist? Kann denn ein Eid bei Gott gegen Gott binden? Und ist nicht jede Fesselung des künftigen Willens gegen den Willen Gottes? Steht denn nicht deutlich genug geschrieben: Das Herz der Könige ist in der Hand Gottes?“

Später wandten sich die Junker wie erwähnt der noch strengeren Ansicht zu, ein Verfassungsänderungsgesetz müsse der Verfassung des Reichsgesetzes vorauszugehen — die Kirchengesetzgebung hätte das Gewissen der Junker. Und heute? Heute ist v. Tausch Trampf und wird überboten. Die „Kreuzzeitung“ läßt die alte „strenge Anschauung“ und jede Anschauung fallen. Ihr Zitateskript — schwerlich ein eidesfürchtiger Junker — muß den Verfassungsmißbrauch verteidigen. Und da er keine Gründe zur Verteidigung findet, so nimmt er die von dem Abgeordneten von Manteuffel dahin charakterisirte „Abwärtliche Beweisweibode an: er behauptet, widerholt die Behauptung und glaubt durch die Wiederholung seine Behauptung beweisen zu haben.

Ergrünnt ist er darüber, daß wir bei Gelegenheit der Verfassung des Reichsgesetzes auch die Verfassungswidrigkeit des bestehenden § 8 des Vereinsgesetzes, soweit er Frauen das Vereinsrecht nimmt, dargelegt haben. Er weist zur Wiederlegung unserer Ansicht auf den Passus des Artikel 30 hin: „Politische Vereine können Beschränkungen und Vorbehalten unterworfen werden.“ Aber § 8 beschränkt ja eben nicht das Recht der Frauen, politische Vereine zu bilden und solchen anzugehören, sondern beseitigt, verbietet es. Und das ist wider die Verfassung. Der Reichskollegist hat gar den armen Artikelschreiber ob unserer Hinweis, daß das Reichsgericht mit der Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des § 8 befaßt werden solle.

Während spricht er dem preussischen Richter und dem Reichsgericht das Recht ab, die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes zu prüfen. „Nach das Reichsgericht“ fährt er aus, „ist an die Vorschrift des Artikel 106 gebunden, wonach die Prüfung der Rechtsgiltigkeit gehörig verkündeter königlicher Verordnungen nicht den Behörden, sondern den Kammeren zusteht.“ Genug, genug! Wie lautet denn Artikel 106? Zur Zeit noch wie folgt: „Gesetze und Verordnungen sind verbindlich, wenn sie in der vom Gesetze vorgeschriebenen Form bekannt gemacht worden sind. Die Prüfung der Rechtsgiltigkeit gehörig verkündeter Verordnungen steht nicht den Behörden, sondern nur den Kammeren zu.“ Also nur die Gesetzmäßigkeit der (auf Grund des Art. 63 der Verfassung erlassenen) Verordnungen, nicht die der Gesetze zu prüfen, ist dem Richter entzogen. Ein Antrag, auch bezüglich der Gesetze — und das sogenannte Vereinsgesetz ist ein mit Zustimmung beider Kammeren erlassenes Gesetz, trotz der Ueberschrift „Verordnung“ — diese Prüfung dem Richter zu nehmen, wurde ausdrücklich abgelehnt. Die Frage, ob der Richter über das verfassungsmäßige Zustandekommen der Gesetze zu befinden hat? ist runde weg, und mit recht bejaht, z. B. vom Juristentag, von Gneist, von v. Wächter, Jordan, beiden Jacharia, Müller, Feuerbach, Martin, Pfeiffer, Sangerow, Puchta, Bökeler, Nagler, Dettler, v. Mohl, Baumstark, Derenburg und einigen anderen mehr. Das Reichsgericht wird in die Lage kommen, zu prüfen, ob der § 8 des preussischen Vereinsgesetzes und: ob das etwa in irgend einer der Artikel 29, 30, 107, 109 der Verfassung verhandelnden Form zu stande kommende von der Reichs-Gesetz einen Verfassungsbruch enthält oder nicht. Wie das Reichsgericht in diese Lage versetzt werden wird, soll Sorge der „Kreuzzeitung“ nicht sein. Wir beglückwünschen sie aber zu ihrer Angst vor solcher Prüfung. Denn diese Angst zeigt nicht minder von großem Intereue zur Gewissenhaftigkeit der Mitglieder des Reichsgerichts wie von erheblichem Mißtrauen zur Gewissenhaftigkeit preussischer Gesetzgeber. Vielleicht treibt diese Angst sie auch noch zur Warnung vor Verfassungsbruch und Meineid.

Zur Betheiligungsfrage

wird und geschrieben:
Z. A. vertritt in Nr. 188 des „Vorwärts“ den Vorschlag, bei der preussischen Landtagswahl nicht selbständig in die Wahlagitation einzutreten, wohl aber „unsererseits nach Kräften mitzuhelfen, daß die junkerlich-reaktionären Mächte aus ihrer dominirenden Stellung verdrängt... werden...“ Dies geschieht, indem wir unsere Genossen auffordern, den Wahlmännern jener Partei ihre Stimme zu geben, welche uns Garantien bieten, daß sie zu weiteren reaktionären Maßnahmen ihre Zustimmung nicht geben und daß sie für die Beseitigung des Dreiklassen-Wahlrechts und für Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts eintreten.“

Ich kann mir vorläufig nur einen Fall denken, in welchem ich dem von Z. A. vertretenen Vorschlag noch beistimmen würde; das Eintreten desselben hängt aber nicht von uns ab und ist, wie ich gleich bemerken will, unwahrscheinlich. Ich meine den Fall, daß die Liberalen oder gar das Zentrum die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Landtags-Wahlrechts zur Wahlparole machen. Damit dürfte aber von jener Seite nicht bis zum Veranlassen der Wahltermins gewartet werden. Sobald das Schicksal des Vereinsgesetzes entschieden, müßten jene Parteien mit Ernst und Kraft in eine diesbezügliche Agitation eintreten. Die Liberalen betrachten die Wahlbetheiligungs-Bewegung in unseren Reihen mit Wohlgefallen und erlauben sich bereits allerhand freundliche Rathschläge. Mögen sie durch die That beweisen, daß sie sich unserer zeitweiligen Unterstüßung werth machen können.

Einige solche andauernde Bewegung könnte von viel größerer Bedeutung werden, als die Stellung oder selbst die Annahme eines bezüglichen Antrages in Abgeordnetenhaus. Sie würde vor allen Dingen einen Prüfstein abgeben für das, was etwa noch an wirklichem Liberalismus in Preußen vorhanden, und zeigen, ob sich dessen Unterstüßung verlohnt.

Politische Uebersicht.

Berlin, 18. Juni.
Unsere Darlegungen, daß der vom Abgeordnetenhaus bei der Vereinsrechts-Aenderung beschrittene Weg zu einem Bruch der preussischen Verfassung führen müsse, kamen der Presse aller Parteien überaus überraschend. Die Blätter verhielten sich mit allerlei Ausflüchten sich um die unangenehme Thatsache, die wir ansiedelten, herumzudrücken. Das gelang ihnen bei der Haltlosigkeit ihrer Sache natürlich schlecht. In unserem heutigen Leitartikel widerlegen wir nochmals ihre letzten Ausreden und Deutungsversuche.
Jetzt tritt die nationalliberale „Magdeburger Zeitung“ hinzu, die in Nr. 188 des „Vorwärts“ den Vorschlag, bei der preussischen Landtagswahl nicht selbständig in die Wahlagitation einzutreten, wohl aber „unsererseits nach Kräften mitzuhelfen, daß die junkerlich-reaktionären Mächte aus ihrer dominirenden Stellung verdrängt... werden...“ Dies geschieht, indem wir unsere Genossen auffordern, den Wahlmännern jener Partei ihre Stimme zu geben, welche uns Garantien bieten, daß sie zu weiteren reaktionären Maßnahmen ihre Zustimmung nicht geben und daß sie für die Beseitigung des Dreiklassen-Wahlrechts und für Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts eintreten.“

Burgische Zeitung", welche übrigens behauptet, schon früher dieselbe Ansicht ausgesprochen zu haben, durchaus auf unserem Standpunkt. In einem Artikel über "Verfassungänderungen" weist das Blatt die Meinung, als ob das 1867 bei der Reichstagswahl über die Verfassung des Norddeutschen Bundes eingeschlagene Verfahren maßgebend sein könne, zurück; und fährt alsdann also fort:

Es ist uns nicht gelungen — und wir haben uns bemüht, der Sache aus dem Grund zu gehen — einen Fall außer dem von 1867 festzustellen, der als Präzedenzfall angesehen werden könnte. Im Gegentheil kann die Thatsache nicht in Abrede gestellt werden, daß 1866 und 1868 die Mehrheit des Abgeordnetenhauses es ausdrücklich abgelehnt hat, den Weg zu gehen, den man jetzt eingeschlagen hat. Damals sind Nationalliberale, Freisinnige, Zentrum und Freikonservative einzig darin gewesen, daß eine Abänderung der Verfassung nur erfolgen könne durch Formulierung eines besonderen Paragraphen, der diese Abänderung bestimmt. Es entspricht dies auch so sehr der Sache selbst, daß man kaum verstehen kann, wie die gegenwärtige Meinung aufkommen konnte. Durch das jetzt beschlossene Verfahren wird — darüber kann man nicht hinwegkommen — eine Abänderung der Verfassung nicht beschloffen, da ihr Wortlaut derselbe bleibt, sondern es wird nur festgelegt, daß die gesetzgebenden Faktoren ein Gesetz erlassen wollen, daß der Verfassung widerspricht. Gerade in der gegenwärtigen Zeit, in der gegen die Grundzüge des Staates agitiert wird, müßten unsere Erachten alle Parteien das größte Interesse daran haben, daß Versuche gegen die Verfassung wenigstens von den gesetzgebenden Faktoren selbst nicht bezogen würden.

So unangenehm es allen Parteien des Abgeordnetenhauses auch sein mag, daß sich das vom Präsidium des Hauses mit ihrer einmütigen Zustimmung eingeschlagene Verfahren als unstatthaft herausstellt, so werden sie doch diese Thatsache keinesfalls ignorieren oder mit Nebenarten verhüllen dürfen, aus deren Verth sie selbst nicht glauben können. Die Regierung hat aber in ihrem Eifer, die Rechte des preussischen Volkes zu vernichten, ihre allererster Aufgabe, die dazu nöthigen formellen Bedingungen zu prüfen und innezuhalten, versäumt und die Parteien haben ebenfalls in der Hitze des Gefechts dies Versehen nicht bemerkt. Aber jetzt, nachdem der schwere Fehler angeklärt ist, kann weder Regierung noch Parteien die Sache leichtfertig nehmen. Sie können unmöglich auf dem betretenen Wege fortfahren.

Wir sind gespannt, ob das Abgeordnetenhaus am 22. Juni sein verfassungswidriges Beginnen fortsetzen wird!

Die Krise dauert fort, die kleine und die große. Die Handelnden und die leidenden Personen sind in febrilhaftiger Bewegung, das schläfrige Schlammgewässer kommt aber nicht von der Stelle. Für diese schläfrige und doch das Mark des Staates rasch zersetzende Krise gilt das französische Wort: plus ça change, plus c'est la même chose — je mehr das wechselt, desto mehr ist es dasselbe. Immer dieselbe Kourure, zwar nicht in Grün, aber in Grau. Die Broschart, die Hollmann, die Köller, die Böttcher — wer kann sie politisch unterscheiden? Der eine ist etwas sanfter, der andere etwas eifriger — alle spinnen den gleichen Faden. Oder spannen ihn.

Und die Nachfolger auch — die bekannten und unbekannt. Wo ist der Unterschied zwischen ihnen und den gegangenen Vorgängern?

Der neueste Aktes duldet keine ausgeprägten Individuen. Er zerbröckelt, was in seine Mühle geräth, und zerreibt das Zerbröckelte. Biegsame Kautschuknaturen, die keinen Widerstand leisten, wie Herr v. Böttcher, halten sich dabei noch am längsten. Der biegsamste und wandlungsfähigste der deutschen Kautschukpolitiker ist auch der einzige, der bis jetzt oben geblieben, ja jetzt im Steigen begriffen ist: Herr v. v. Miquel, der a la Miquel spinnt und mit allen Fäden webt. Allein Miquel ist kein politischer Prinzip — er ist der verkörperte Opportunismus, das heißt die verkörperte Abwesenheit von Prinzipien. Er hat keine Politik, außer die des Opportunismus, des Wirtschaftens von der Hand in den Mund. Er ist kein Staatsmann mit selbständigen Zielen — er ist Handlanger, der Aufträge und Befehle mit aalglatterm Geschick ausführt, und seinen Stolz drein setzt, unüberwindlich scheinende Schwierigkeiten zu überwinden. Wie lange er oben schwimmen wird, wer weiß es?

Am Tag, da der Tausch-Prozess mit der Freisprechung des Tausch endigte und dem Freigesprochenen von seinen Freunden und Hintermännern ein Triumph in optima forma bereitet ward, traf Herr Tirpitz in Berlin ein und Herr v. Marschall reiste von Berlin ab. Wir stellen diese drei Thatsachen zusammen: der kommende Tirpitz, der gehende Marschall, der freigesprochene Tausch — das ist ein Bild des heutigen Deutschlands.

Der Triumph Tausch's war kein bloßer Straftriumphant; es war ein ernsthafter politischer Triumph — der Triumph Derer, die sich des Tausch und des Normann-Schumann z. bedient hatten, um Caprivi zu stürzen, um Marschall zu stürzen und Herrn von Böttcher aus dem Sattel zu heben. Caprivi war längst geulenburgt — Marschall hatte sofort zu gehen — Böttcher wurde eine Anstandsfrist gewährt und — das weitere wird sich finden. Der Triumph des Tausch kann nicht vollständiger sein.

Hohenlohe wird vorläufig noch im Amt gelassen — er ist ja niemand im Weg. Im Herbst will er sich empfehlen. Und dann kann Bis mar c k in die Wilhelmstraße zurückkehren, aber nicht der "widerpenstige Leichnam", der im Sachsenwald begraben liegt, sondern der lebendige Bismarck, Bismarck der lebendige Agrarier, Bismarck der lebendige Millionärzüchter, Bismarck in Glacéhandschuhen und mit Sammetpöschchen — Herr von Miquel.

Oder auch nicht. Was heute wahr ist, das ist morgen nicht mehr wahr. Die Rebebilder fließen fortwährend in einander über; ehe eins vollendet ist, gehört es schon der Vergangenheit. Nichts ist dauernd, als der Wechsel und der Biazakkurs. So lange er dauert.

Die erwarteten größeren Änderungen in den leitenden Stellen sind bis auf die Tirpitz-Ernenennung nicht erfolgt. Doch ist zweifelhaft, ob sie bis zum Herbst auf sich warten lassen werden. Der Kaiser wird Anfang Juli seine Nordlandreise unternemen. Bis dahin kann sich noch manches zutragen.

Bemerkenswert ist jedenfalls, daß Herr v. Miquel nicht nach Wiesbaden zurückgekehrt ist. Sicher scheint festzustehen, daß v. Böttcher, der Danerminister, nun doch die längste Zeit gedauert hat und auch mit v. Marschall's Rückkehr kann gerechnet werden. Wie sich hierdurch die Personenverschiebungen gestalten werden, ist nicht sicher vorzusagen. Sicher ist nur, daß die Stellung Miquel's einflussreicher werden wird.

Die Berliner "Politischen Nachrichten" führen aus, die Verzögerung der Entscheidungen liege daran, daß es sich nicht nur um jene Personenfragen handele, sondern um eine neue Organi-

fation der höchsten Regierungsstellen im Reich und in Preußen.

Die Friedensverhandlungen gehen auf der alten Stelle. Nach Konfularmelungen aus Janina hat eine aus 300 Mann bestehende griechische Bande bei Vovnja oberhalb Mehoro die Grenze überschritten und ist von zwei Bataillonen mit einem Verluste von 100 Mann zurückgeschlagen worden. Ein drittes Bataillon wurde zu ihrer Verfolgung abgeschickt.

Deutsches Reich.

— Professorensammlungen fanden statt in Dünwald Kiel, Frankfurt a. M.

— Zur Handhabung des Versammlungsrechts. In Schlesien wurden bisher im allgemeinen Versammlungen unter freiem Himmel zugelassen; in letzter Zeit jedoch wurden solche Versammlungen stets verboten. So auch in Peterswaldau, dem Sitz der Firma Zwanziger, deren Verhert Hauptmann in seinem Weberschenspiel unter dem Namen Dreißiger gedruckt. Viele Versammlungen hatten schon in Peterswaldau auch abends stattgefunden, ohne daß im mindesten die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet worden wäre. Deshalb konnten sich unsere Genossen auch das jetzt erfolgte Verbot nicht erklären und sie wandten sich beschwerdeführend an das Landrathamt in Neichenbach. Letzteres bejahte aber das Verbot, weil durch Abhaltung der Versammlung der Verkehr auf der Chaussee gehemmt werden könnte. Bei früheren Versammlungen hat man davon nichts gemerkt. Ferner hätten bei der späten Tagesstunde — abends 8 Uhr —, zu der die Versammlung beginnen sollte, die Nachbarn des in Frage kommenden Gartens in der — Nachtruhe gehemmt werden können.

Die Fürsorge der Behörde ist groß.

— Das Gesetz über das Auswanderungswesen wird im heutigen "Reichs-Anzeiger" veröffentlicht.

— Ueber den neuen Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts werden die folgenden Personalien mitgeteilt. Herr Alfred Tirpitz gehört der Flotte erst seit 1865 an. Nach seiner Beförderung zum Kapitänlieutenant, 1875, wurde er zur Kommodantur kommandiert, um in dem Degerat für das Torpedowesen thätig zu sein. Seine Beförderung zum Korvettenkapitän erfolgte 1881. In dieser Charge wurde er zum Kommandanten des Torpedo-Schulschiffes "Brieten", zum Chef der Torpedobootflotte und endlich auch zum Inspektor des Torpedowesens ernannt. Nachdem seine Beförderung zum Kapitän zur See 1888 erfolgt war, erhielt er 1890 das Kommando über das Panzerschiff III. Klasse "Preußen", um 1891 zum Chef des Stabes beim Oberkommando der Marine ernannt zu werden. Erst im Herbst 1895 trat er von dieser Stellung zurück, um vorerst einen längeren Urlaub anzutreten und dann für ein Jahr das Kommando über die ostasiatische Division zu übernehmen.

— Dr. Reinhold, der künftige Oekonomie-Professor der Berliner Universität, wird, wie die "Köln. Ztg." mittheilt, seine erste Vorlesung über "Geschichte, Berechtigung und Aussichtslosigkeit des Sozialismus" halten. Dieser Vorlesungstitel ist schon sehr heiter. Aber der bisherige Herr Amtsgerichtsrath will inzwischen noch ein größeres Werk erscheinen lassen, das seine nationalökonomische Befähigung darthun soll. Wenn es dies aber nicht thut? Ein sonderbarer Gang der Dinge: Erst Amt, dann Befähigungsnachweise-Verzicht! Immerhin aber sieht man doch nun etwas klarer, warum der Herr Professor werden mußte — "Aussichtslosigkeit des Sozialismus" — das genügt...

— Mit der Handwerker-Vorlage wird sich der Reichstag in seiner ersten Sitzung am Dienstag nächster Woche beschäftigen. Die "Konst. Korresp." mahnt die Dränger unter den Jüngern zur Mäßigung, indem sie schreibt:

Es ist zu erwarten, daß die Freunde der Entwurfs so zahlreich wie möglich eintreffen werden, um denselben endlich unter Dach zu bringen. In letzter Stunde hat der Zentralausschuß der vereinigten Junglingsverbände Deutschlands eine Vorstellung an den Reichstag gerichtet, um einige Änderungen der Vorlage zu bewirken. Wir würden in dem Vorzuge, diesen Vorstellungen Folge zu geben, eine Gefährdung der Vorlage erblicken. Was in diesem Reichstage und bei der heutigen Stellungnahme der Regierung zu erreichen war, ist durch die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt erreicht. Die Handwerker werden also am längsten handeln, wenn sie sich mit dem Erreichbaren zufrieden geben und die Handwerkerkommission dazu bewegen, um ihren weiteren Wünschen den jetzt noch mangelnden autoritativen Nachdruck zu geben. Daß die Bestimmungen des Gesetzes, wie es hoffentlich demnächst verabschiedet werden wird, nur die Anfänge einer Organisation und den Ausgangspunkt weiterer Reformen bilden, ist vor allem in Betracht zu ziehen, ebenso darf nicht übersehen werden, daß die Kommission'stassung des Handwerkergesetzes eine ganz erhebliche Verbesserung der wegen ihrer früheren Unzulänglichkeit auch von uns offen bekämpften Regierungsvorlage bedeutet.

Man sieht auch aus dieser Notiz, daß die Jüngler auch nach Annahme des jetzigen Entwurfs weiter für ihre extra-revolutionären Forderungen agitieren werden.

— Die Aushebung des Koalitions-Verbots politischer Vereine soll auch in Braunschweig dem nächsten ordentlichen Landtag in einem Gesetzentwurf vorgeschlagen werden. Für die Braunschweigische Landesversammlung wird übrigens im Herbst d. J. eine Neuwahl sämtlicher Landtags-Abgeordneten zu erfolgen haben.

— Mit dem Organ der "National-Sozialen" steht es noch immer bedenklich aus. Die "Zeit" theilt mit, daß zwar 50 000 M. gezeichnet seien, das genüge aber nicht, um die Zeitung bis nach der Reichstagswahl über Wasser zu halten.

— Sächsische Gemeinde-Autonomie. Aus Niederhäslein bei Zwidau wird uns geschrieben: Die dringend notwendige Autonomie der Gemeinden macht, zeigt deutlich der Verwaltungs-Konflikt, der seit Monaten unseren Ort in lebhafteste Aufregung versetzt. Nachdem Amis- und Kreisbauernschaft nunmehr sechsmal den Bergarbeiter Knoll als Gemeinde-Vorstand abgelehnt hatten, beschloß der in seiner Majorität aus Arbeitern bestehende Gemeinderath, Kluz beim Ministerium des Innern zu erheben. Damit war der Teufel bei seiner Großmutter verflucht. Das Ministerium des Innern schloß sich in allen wesentlichen Punkten den beiden Vorinstanzen an. Wie konnte man von Herrn v. Meiß, dem Organisator und Inspicitor der Sozialisten etwas anderes erwarten? Damit hat die Jüngerschaft die Einwohnerschaft in ihrem Kampfe um eine nach ihrem Willen gestaltete Verwaltung eine Niederlage erlitten und muß sich nun die Diktatur der Kreisbehörden gefallen lassen, die die Gemeinde nach ihrer Ueberzeugung erheblich schädigt. Die Kreisbauernschaft Zwidau hat den Gemeindevorsteher der Nachbargemeinde Wilkau zum Bewerfer von Niederhäslein ernannt und denselben eine monatliche Entschädigung von 250 M. zugestimmt. Dafür hält derselbe an drei Wochentagen Sprechstunden im Gemeindegemäuse zu Niederhäslein ab. Der frühere sächsische Gemeindevorsteher erhielt nur 100 M. monatliche Remuneration. Außerdem entsendet die Amtshauptmannschaft noch einen Beamten. Der Gemeinde erwachsen insgesammt 4000 M. Nebenverwaltungskosten; was das für einen Ort mit ausschließlicher Arbeiterbevölkerung bedeutet, läßt sich leicht erkennen. — Herr v. Meiß sagte einst in der zweiten Kammer des Reichstages: "Sozialdemokraten müssen mit einem anderen Maß gemessen werden, als die staatsbehaltenden Parteien." Das erklärt alles.

— Aus dem Landtag für Schwarzburg-Sondershausen. Der freisinnige Volksverein in Sondershausen hatte an den Landtag petitionirt um Einführung des allgemeinen und geheimen Wahlrechts für die Landtagswahlen bzw. Einführung der geheimen Stimmabgabe. Diese Petition lag dem Landtag in seiner Sitzung vom 11. d. M. vor. Die Kommission hielt es nicht für angebracht, schon jetzt wieder über diese Sache zu verhandeln und

will warten, bis aus der Mitte des Landtages selbst ein entsprechender Gesetzentwurf eingebracht werde. Schließlich beantragte sie, die Petition der Regierung als Material zu überweisen. Der Abg. Kortum trat für Berathung im Plenum ein, fand aber keine Unterstützung, da, wie es nach dem Anständer Nachr. n. Jütelligenblatt heißt, inzwischen bekannt geworden war, daß ein diese Angelegenheit behandelnder Antrag von Mitgliedern des Landtages eingebracht werden wird. Der Antrag der Kommission gelangte darauf gegen drei Stimmen zur Annahme. Warten, bis aus der Mitte des Landtages selbst eine Abänderung im Sinne der Petition beantragt wird, heißt warten bis auf den St. Nummerleintrag. Schwarzburg-Sondershausen hat ja mit das schlechteste aller solchen Wahlgesetze. Und daher ist der Landtag durch und durch reaktionär. Bei der Berathung der Vereinsgesetz-Novelle im preussischen Landtag hat der Regierungsvorsteher nämlich den schwarzen Schwarzburg gedacht als denjenigen Staates, der zwar das Inverbinde-treten politischer Vereine erlaubt, aber bei entsprechenden Gesetzesänderung eine Verschlechterung des Versammlungsrechts eingeführt hat, indem Versammlungen unter freiem Himmel von der Geläubtheit der Behörde abhängig gemacht werden und Versammlungen, an welchen beide Geschlechter teilnehmen wolten, aus Gründen der Sittlichkeit verboten werden können. Und dieser Landtag soll aus seiner Mitte ein allgemeines und geheimes Wahlrecht schaffen!

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus Posen wird berichtet: Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte die hiesige Strafkammer den Arbeiter Nawrot zu drei Monaten Gefängnis.

Schweiz.

Bern, 16. Juni. (Sig. Ver.) Gestern ist im Nationalrath nach vierjähriger Dauer die Generaldebatte über die Kranken- und Unfallversicherung beschlossen und heute die Detailberathung begonnen worden. Für die Arbeiter sprachen in der Generaldebatte Wullschläger, Curti und Vogelzanger. Wullschläger sagte, es sei mit den Versicherungsvorlägen viel zu viel Klatsch gemacht worden, und sodann führte er aus, daß den Arbeitern der Ausbau der Arbeiterkassen-Gesetzgebung lieber gewesen wäre und daß sie durch die Abänderungen der Kommission an den Gesetzentwürfen viel zu sehr belastet werden. Curti kam auf die 1894 gescheiterte Initiative des Arbeiterbundes für die unentgeltliche Krankenpflege und Einführung des Tabakmonopols zu sprechen, erklärte, daß er zu beiden Forderungen noch heute stehe und bedauere, daß sie nicht zur Grundlage der Versicherungswesen gemacht wurden. Die Forderungen seien eine zu unsichere Grundlage für die Bundesleistungen an die Versicherung, und gehen sie zurück, so müssen diese Leistungen entweder rezugiert oder die Zollaufsätze erhöht werden. Unter diesen Umständen dünkt ihm die vorläufig beste Lösung der Frage die Einführung nur der Unfallversicherung und die Verschiebung der Krankenversicherung zu sein. Vogelzanger gab dem Wünsche Ausdruck, daß in der Detailberathung die Entwürfe so gehalten werden, daß sie auch für die Arbeiterschaft annehmbar werden. — Auf die Wullschläger'sche Kritik antworteten die Gegner mehr mit Phrasen und Prologit als Gründen, dieselben Gegner, welche für ihre gewerbliche, kaufmännische, industrielle und landwirtschaftliche Klientel so viel Erleichterungen als nur möglich erringen und die Arbeiter rückwärts belasten wollen, so daß für diese die angebliche Wohlthat zur Plage wird. Das Eintreten in die Spezialberathung wurde einstimmig — mit 186 Stimmen — beschlossen.

Im Ständerath hat gestern die Generaldebatte über die Eisenbahn-Verstaatlichung begonnen und in die ganze Sitzung mit der Rede des Referenten der Kommissionsmehrheit, v. Arx, ausgefüllt worden. Heute sprach der Referent der Kommissionsminderheit und man konnte sagen, auch der Eisenbahn-Aktioneur, Gavad von Genf und zwar auf Verschlebung, damit der Kündigungstermin unbekannt verschoben könnte. Würde er das Ziel erreichen, er könnte einer glänzenden Anerkennung der Oger v. Zeller und Konforten sicher sein. Es ist aber im Gegentheil die Annahme der Eisenbahn-Verstaatlichung sicher, weil die Waadländer die verlangte Garantie für den Ban des Simplontunnels vom Bundesrath erhalten haben. Es soll ein diebezüglicher Pakt in das Eisenbahngesetz Aufnahme finden. — Der Auhhandel ist auch in der Schweiz kein unbekannter Begriff.

Die Berner Stadtverordneten-Versammlung hat die sozialdemokratischen Anträge auf Errichtung von Gemeindefabrikstätten, namentlich für Schneider und Schuhmacher, sowie auf Einführung von Steuermarken zur Erleichterung des Steuerzahlens der Arbeiter angenommen.

Zürich, 16. Juni. (Sig. Ver.) Die "Arbeiterstimme" bespricht in einem Leitartikel die Ausweisung des schweizerischen Genossen Bommeli aus Stuttgart und Württemberg und verurtheilt sie aufs schärfste, ebenso die Vertheile, welche in dieser Sache die schweizerische politische Polizei der deutschen Reaktion geleistet hat. — Der Große Stadtrath hat in weiterer polizeilicher Festsetzung des vorjährigen Italiener-Arawalls beschlossen, die strengste Handhabung der Vorschriften über das Armenwesen durch Ausweisung arbeitsloser und dauernd erkrankter Personen und Familien das Verlangen an den Staatsanwalt, in jedem Strafalle, betreffend Niedergelassene dem Kontrollbureau Mittheilung zu machen und endlich von jedem Zugereisten bei der Schriftabgabe auf der Polizei sofort die ganze oder event. die halbe Mannsteuer von 9 resp. 4.50 Fr. zu verlangen. Wird nichts bezahlt, so ist die Steuer schnell einzutreiben. Der Züricher Große Stadtrath ist allmähig zu einem nackten Polizeikollegium herabgesunken, in dem einzig die Sozialdemokraten auf einer höheren Warte der Anschauung und sozialen Politik geblieben sind.

Ungarn.

Budapest, 18. Juni. Im Ministerium des Innern und im Ackerbau-Ministerium sind fortgesetzt Verhandlungen behufs Verlebung des dröhenden Streiks der Arbeiter bei der Ernte statt. Es wurde konstatirt, daß der Minister des Innern weitgehende Maßregeln zum Schutze derjenigen Arbeiter getroffen hat, welche sich dem Streik nicht anschließen. In diesem Zweck wird allmählich die Gendarmerie in den bedrohten Komitaten beträchtlich vermehrt werden. Nach den am meisten bedrohten Punkten soll Militär abgehen.

Gendarmerie und Militär sind die Heilmittel der Regierenden gegen die Leiden und Nöthen der Feldarbeiter!

Holland.

Amsterdam, 17. Juni. (Sig. Ver.) Die Wahlen sind für die Sozialdemokratie über Erwartung gut ausgefallen. Die Stimmzahl von 10 276, die den Kandidaten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zuzahlen, übersteigt die schönsten Hoffnungen, zumal wenn man die Beschränktheit der Wahlrechtsausdehnung ins Auge nimmt. Nur Rotterdam hat eine Enttäuschung gebracht mit seinen 307 Stimmen. In Amsterdam, der Centralpunkt des Anarchismus, lieferte 1151 Stimmen, das liberale Utrecht 886, das exzotische Nijmegen 823. Am freudigsten hat der industrielle (textile) Wahlkreis Enschede uns überrascht, wo Van Riel 1837 Stimmen erwarb.

Wie schon telegraphisch gemeldet, kommt Troelstra dreimal in Stichwahl, in Deuwarden, Wijnshoten und Dierkerkerdael. In Deuwarden war die Stimmvertheilung: Liberal 1218, sozialdemokratisch 889, liberal 713, antirevolutionär 379, ultramontan 505. In Wijnshoten: Liberal-freihändlerisch 1415, sozialdemokratisch 1216, liberal-schuldenförmlich 1032, antirevolutionär 627. In Dierkerkerdael: Antirevolutionär 1897, sozialdemokratisch 1149, liberal 822, christlich-historisch 892.

Ueber die Ansicht zu reden, wäre ganz voreilig. Gewiß ist nur, daß in jedem der drei Wahlkreise der Kampf sehr schwer sein wird. Vielleicht werden in Deuwarden die Antirevolutionären, welche in Freiland trotz ihres Namens ziemlich revolutionär und speziell in Deuwarden fast sozialistisch sind, für Troelstra stimmen. Die

Stimmen von Liberalen und Ultramontanen werden sich voraussichtlich theilen. In Zifferblätter wird die Frage des Schutzschlusses den Ausschlag geben. Hier sind unsere Wünsche wohl am besten. Auf Wunsch wird nur wenig Hoffnung heben.

Nur für die Kandidaten der organisierten Partei sind noch 2237 sozialistische Stimmen abgegeben, davon in Schottland, den Aries, den einst der Arbeiterpartei vertrat, 1944 auf den Sozialistenbündler Van der Zweg. Er hat bedeutende Aussicht gewählt zu werden.

Der 25. dieses Monats bringt die Entscheidung.

Frankreich.

Paris, 16. Juni. (Sig. Ver.) Seitdem die Debatte über die Erneuerung des Privilegiums der Bank von Frankreich auf der Tagesordnung steht, ist es der Opposition erst in der letzten Sitzung gelungen, einen kleinen Erfolg zu erzielen. Nach einem heftigen Gefechte zwischen dem Finanzminister und den oppositionellen Antragstellern, dem radikalen Gambier de Gagny und dem Genossen Rouanet, erklärte sich die Kammer gegen den Minister, indem sie die Unvereinbarkeit des Postens eines Gouverneurs und Subgouverneurs der Bank mit einem gesetzgeberischen Mandat vortrug. Dieser Selbstmitleidensanfall der Kammer ist indes von keiner Bedeutung für den Ausgang der Gesamtdenbatten. Die Monarchisten, mit deren Hilfe das Votum zu Stande kam, haben unmittelbar darauf eine Frontänderung vorgebracht, als es sich um den weiteren Antrag Rouanets handelte, die Unvereinbarkeit logischerweise auf die „Regenten“ und „Senatoren“ des Reiches auszuweiten. Jährt doch zu den Regenten, neben dem republikanischen Abgeordneten und Bankier Aquard auch das Mitglied der Rechten, der Großindustrielle Baisan. Dieser Volksvertreter erklärte aber fest und fest, er ziehe vornehmlich dem Regentenposten dem Abgeordnetenmandat vor. Die monarchistischen Kapitalisten wurden von Mitleid gepackt und brachten Rouanets Antrag zu Falle. — Der gegenwärtige Gouverneur der Bank ist Maguin, Vizepräsident des Senats. Schon deshalb allein ist voranzusehen, daß der Senat das Unvereinbarkeits-Votum der Kammer umstoßen wird. —

Paris, 18. Juni. Die bezüglich der Explosion auf dem Kontorplatz bei anständigen Anarchisten und polnischen Flüchtlingen vorgenommene Hausdurchsuchung blieb resultatlos. Mehrfach wird erzählt, das Papier, in welchem die Bombe eingewickelt gewesen sei, habe folgende Worte enthalten: „Warten wir auf bessere Tage!“ Die Polizei hege deshalb die Vermutung, der Urheber der Explosion sei ein exaltiertes Mitglied der Patriotenliga. — Heute Nacht entstand auf dem Boulevard St. Denis ein großer Zusammenstoß, da das Gerücht von einem neuen Bombenfund verbreitet war. Die Untersuchung ergab, daß es sich um eine aus Kanischnrohr hergestellte Nachahmung einer Bombe handelte, die jedoch vollkommen ungefährlich war.

Das „Mit-tälern“ ist eben ein Straffennil geworden, den die Polizei reichlich verdient hat. —

Italien.

Rom, 17. Juni. Die Deputiertenkammer setzte die Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern fort. Der Zivilkommissar für Sizilien Giorochi verteidigt den Angriff des Deputierten Finocchiaro-Aprile gegenüber seiner Thätigkeit und hob im einzelnen hervor, daß durch das Gesetz betreffend die Schwefelager Siziliens für 40.000 Familien Arbeit geschaffen worden sei. Der Zustand der öffentlichen Sicherheit auf Sizilien habe sich bedeutend verbessert. Es sei für eine gleichmäßige Verteilung der lokalen Steuern unter der Herabsetzung von Weib, Maccaroni und Gedda Vorbehalte getroffen worden. Der Euboeisgedanke habe auf Sizilien an Boden gewonnen durch die Erkenntnis, daß die Regierung den Bedürfnissen der Bevölkerung eine eifrige Sorgfalt angedeihen lasse.

Der Zivilkommissar malt natürlich alles im rosigsten Lichte. Thatsächlich sind die Zustände in Sizilien und besonders die Verhältnisse der Schwefelgrubenarbeiter noch immer überaus traurig. —

England.

London, 17. Juni. Die irischen Abgeordneten im Unterhaus haben erklärt, sich an der Feier für die Königin Victoria nicht beteiligen zu wollen. —

Afrika.

Bratonia, 17. Juni. Der Volkraad des Oranje-Freistaates genehmigte mit 40 gegen 15 Stimmen einen zweiten Vertrag mit Transvaal, in welchem erklärt wird, daß die beiden Staaten eine Bundesvereinigung zu bilden wünschen. Bis zur Ausfertigung derselben werden folgende vorläufige Bestimmungen getroffen: 1. Abschluß eines engeren Friedens- und Freundschaftsvertrages zwischen den beiden Staaten. 2. Uebernahme der Verpflichtung der beiden Staaten, sich gegenseitig zu unterstützen, wenn der eine Staat bedroht werden sollte, ausgenommen in dem Falle, daß der bedrohte Staat im Unrecht ist. 3. Jeder der beiden Staaten soll dem anderen Mittheilung machen von allen Vorfällen, durch welche der Frieden und die Unabhängigkeit des einen Staates berührt wird. — Weitere Schriftstücke ergänzen diese Abmachungen und betreffen die Naturalisierung der Angehörigen des einen Staates in dem anderen, die Bildung eines Bundesrates etc. Die Ratifizierung des Vertrages hat in Bratonia Begeisterung und in Süd-Afrika großes Aufsehen hervorgerufen. —

Amerika.

Washington, 17. Juni. Nach dem Wortlaut des heute veröffentlichten Vertrages über die Annexion Hawaiis bleiben die zwischen Hawaii und anderen Nationen bestehenden Zoll- und sonstigen Verhältnisse in Kraft, bis der Kongress die Geltung der in den Vereinigten Staaten bestehenden Gesetze auf Hawaii ausdehnt. In den Kreisen des Senats glaubt man, daß es in der gegenwärtigen Parlamentssession nicht zur Ratifizierung des Vertrages kommen werde, da die meisten Senatoren nach Erledigung der Tarifbill in Washington nicht länger zusammen bleiben dürften. —

Parlamentarisches.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Zwangsvollstreckung aus Forderungen landwirtschaftlicher (itterschaftlicher) Kreditanstalten ist dem Abgeordnetenhause zugegangen. —

Der Bismarckstuhl.

Kritik und Knäuelerei.

Im Schloßpark zu Minkowitz in Schlesien steht ein Nissenbaum, die sogenannte Seydlitz-Eiche. Sie breitet ihre ungeheuren Äste über dem Grabe des berühmten Feldmarschalls v. Seydlitz aus. Das Gut ist ein Majorat, und der gegenwärtige Gutsherr, Graf Conrad v. Wartenleben, gehört nicht zu den „vaterlandlosen Wesellen“. Er ist ein guter Patriot, und wenn's nicht viel löst, macht er aus seinem Herzen keine Mördergrube.

Als Bismarck seinen 80. Geburtstag feierte, durfte auch der Majoratsherr von Minkowitz unter den Spendern nicht fehlen. In seinem größten Kopfe reifte ein genialer Gedanke. Graf Conrad ließ von seiner Seydlitzscheide einen harten Akt abfügen und beschloß, aus dem Holze einen „Bismarckstuhl“ fertigen zu lassen. Das Holz kostete nichts, und es hatte den kolossalen Vorzug der patriotischen Weisheit. Den Stuhl sollte ein Tischmeister in einer kleinen Stadt herstellen. Der Graf wußte aus Erfahrung, daß dieser Meister ein gutes Stück Arbeit liefern werde und hoffte, der kleine Meister werde ein billiger Mann sein. Herr Tischmeister Stannet fühlte sich durch den Auftrag hochgeehrt, und da ihm gesagt worden war, der Stuhl müsse ein ganz vorzügliches Werk werden und Ansehen erregen, raffte er seine ganze Intelligenz zusammen und schenkte keine

Auslagen. Er zeichnete wochenlang bis er einen Entwurf zu Stande brachte, mit dem der Graf zufrieden sein durfte; dann stellte er lächliche Gesellen ein und engagierte Bildhauer, denen er die Schnitarbeiten übertrug. Die Bildhauer hielten bei angestrengter Thätigkeit ein halbes Jahr lang zu thun, und auch die Tischlerarbeiten zogen sich in die Länge, zumal das Holz zuvor künstlich getrocknet werden mußte.

Dem Auftrage gemäß entstand ein vortreffliches Werk. In der That schloß der Graf durch seine „Spende“ den Vogel ab. Der Akt in Sachsenwalde schmuggelte beim Anblick des hübschen Großarbeiters. In der Pofse, die bald darauf in Berlin in Form einer „Bismarckausstellung“ arrangiert wurde, erregte der Stuhl das größte Aufsehen.

Bis dahin war alles gut und schön; jetzt aber kam der hinkende Teufel hinterdrein. Meister Stannet präsentierte seine Rechnung; sie betrug 1225 M. Die Forderung war äußerst bescheiden. Der reiche Majoratsherr aber hatte sich den Ruhm, dem höchsten Bismarck das schönste Geschenk zu machen, viel billiger gedacht. Rundweg erklärte er, daß ihm der Preis zu theuer sei. Meister Stannet, der notwendig Geld haben mußte, wurde auf sein Drängen zunächst mit ein paar hundert Mark abgespritzt. Damit war ihm wenig gedient, und Monat für Monat hat er um Bezahlung. Es gelang ihm, talenweise den Schwammbetrag von 500 M. herauszufalogen; dann aber erklärte Graf Conrad von Wartenleben, daß der Stuhl bezahlt sei.

Es entspann sich ein langwieriger Prozeß, der jetzt nahezu zwei Jahre währt und noch immer nicht entschieden ist. Der gerichtliche Sachverständige hat sein Gutachten dahin abgegeben: Der Stuhl habe, niedrig berechnet, einen Werth von 1685 M. Der Wert der des Grafen, ein Juristat, suchte den Beweis zu erbringen, daß der Stuhl durch überflüssige und im Auftrage nicht angegebene Arbeiten unnütz vertheuert worden sei.

Am letzten Dienstag fand wieder ein Termin statt. Der Vertreter des Grafen wiederholte seine Behauptung, daß der Stuhl mit 500 M. bezahlt sei, und verlangte einen anderen Sachverständigen. Der Gerichtshof indes fällte folgendes Urteil:

Der bisherige Sachverständige, Herr Martin Kimmel, hat als Autorität auf diesem Gebiet den Stuhl nochmals zu taxieren. Das Gutachten hat in Sachsenwalde, dem Standort des Stuhls, zu erfolgen. Beklagter hat zu diesem Zweck innerhalb zwei Wochen 200 M. Vorzahlung an die Gerichtskasse einzumahlen. Beklagter hat ferner die Verpfändung, innerhalb vier Wochen die Urtheilsabgabe des Sachverständigen zu erwirken.

Unsere Hochachtung, unser Verehrungspatriotismus, unser Heroenkultus werden durch diesen Prozeß köstlich illustriert!

Partei-Nachrichten.

Zur Stichwahl in Wiesbaden. Der Beschluß der Parteiverammlung in Wiesbaden, streng Stimmenthaltung zu üben, wird von den meisten Parteimitgliedern, soweit sie Stellung genommen haben, mehr oder minder mißbilligt.

Das „Hamburger Echo“ bezeichnet den Beschluß als einen taktischen Fehler und sagt dazu: „Es scheint uns denn doch, daß gerade das Geschehen ist, was hätte vermieden werden müssen, das für den Befehl die Stimmung und nicht die ruhige, sachliche Ueberlegung den Ausschlag gegeben hätte. Letztere hätte dahin führen müssen, den sozialdemokratischen Wählern zu empfehlen, gegen den Kandidaten der jenseitlich-agrarischen Richtung, der unter der Flagge des Zentrums kandidirt, den freisinnigen Kandidaten Wintermeyer zu unterstützen.“

Die „Bremer Bürger-Zeitung“ erklärt: „Dieser Beschluß stellt sich nicht mit rechten Dingen.“ Die Magdeburger „Volksstimme“ schreibt: „Wir bedauern, daß sehr wichtige Momente außer Acht gelassen sind. Wir halten diese Politik entschieden für falsch.“

Die „Thüringer Tribüne“ sagt: „Wir sind über diesen Entschluß außerordentlich ängstlich, da wir es für selbstverständlich halten, daß unsere Parteigenossen unter den obliegenden Verhältnissen von zwei Uebeln das geringere wählen würden. Und das bei weitem geringere Uebel ist die Wahl eines freisinnig-volksparteilichen Angeordneten. Wir sind der Meinung, daß sich ein großer Theil der Parteigenossen doch nicht von der Wahl abhalten läßt und für den freisinnigen Angeordneten stimmen wird. Siegt nun dieser, so wird die revolutionäre Partei sämtliche Stimmen für sich reklamieren, während sie im anderen Falle uns allein den Sieg zu verdanken hätte. Die persönlichen Angriffe fallen nach unserer Meinung gar nicht in Betracht, da im Wahlkampf aus leicht begreiflichen Gründen häufig ein kräftigeres Wort gebraucht wird wie sonst; jelt dürfen wir sachliche Gründe maßgebend sein.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ bezeichnet die Stimmenthaltung als einen schweren taktischen Fehler.

Das „Volksblatt für Gotha“ bedauert den Beschluß „aufs lebhafteste“ und führt dann aus: „Der Zentrumskandidat ist ein feindlicher Reaktionsär und da kann es kein Schrecken geben. Wir glauben nicht, daß die Genossen dieser Empfehlung folgen werden.“

In einer von der „Volksstimme“ in Frankfurt a. M. veröffentlichten Korrespondenz aus Wiesbaden heißt es: „Die Freunde, die eine Entscheidung zu gunsten des freisinnigen Kandidaten von uns erwartet haben, müssen bedauern, daß die freisinnig-demokratische Wahlweise an Wirklichkeit und Glaubhaftigkeit alles übertrifft, was wir bis her von ihr kennen gelernt haben. Es sollet große Mühe, die erbitterten Wiesbadener Genossen davon abzuhalten, daß sie nicht direkt gegen Wintermeyer stimmen. Unter solchen Umständen war die Stimmenthaltung der einzig gangbare Ausweg.“

Das „Dissenbacher Abendblatt“ bemerkt: „Ob dieser Beschluß geboten war, wollen wir nicht weiter untersuchen, richtiger wäre aber jedenfalls gewesen, gegen den platt-agrarischen Junker Stellung zu nehmen. Doch die Erbitterung gegen die Komplexität des Freisinn ist zu groß, als daß erwartet werden konnte, daß für denselben eingetreten werden würde. Die Schuld daran tragen die freisinnigen und demokratischen Agitatoren selbst.“

Die „Mainzer Volkszeitung“ läßt den Wiesbadener Parteigenossen volle Gerechtigkeit widerfahren, kann aber dennoch ihrem Beschluß nicht zustimmen. Sie schreibt: „Wir hätten es für richtiger gehalten, wenn die Wiesbadener Parteigenossen sich entschlossen hätten, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen und zwar zu gunsten des freisinnigen Kandidaten. Er erscheint uns in diesem Falle zweifellos als das kleinere Uebel im Vergleich zu dem feindlich-ultramontanen Freierrn v. Jagger, und wir würden es sehr bedauern, wenn infolge der proklamirten Stimmenthaltung die im Reichstag dominirende Zentrums- und demokratische Partei noch verstärkt und ihr volkseindlicher und kulturgefährlicher Einfluß noch erhöht würde.“ Die Gründe, die die Wiesbadener Genossen bewegen haben, von einer Unterstützung des freisinnigen Wintermeyers abzugehen, scheinen in der Person des Kandidaten zu liegen. Wintermeyer ist ein reicher Gutsherr, der sich in seinem Geschäftsbetrieb als Arbeitergeizhals weniger als den Ruhm eines Arbeiterfreundes erworben hat. Insbesondere nicht man ihm vor, durch Beschäftigung von Gesangenen den freien Arbeitern den Lohn herabzudrücken resp. das Brod zu entziehen. Außerdem müßten auch die sehr wenig freisinnige Haltung der „Freisinnigen“ im Wahlkampf und die gefährlichsten Angriffe an die Person unseres Kandidaten mitgewirkt haben. Dehngerechtigt müssen wir aus allgemeinen politischen Gründen den Beschluß der Stimmenthaltung bedauern.“

Die „Ebersfelder „Freie Presse“ drückt diese Meinung der „Mainzer Volkszeitung“ ab und fügt hinzu: „Derselben Meinung sind wir auch.“

Sollte nicht die Schuld an dieser Mißstimmung der Kerger über die allseitig überraschend gekommene Niederlage unserer Genossen sein? Wir neigen zu dieser Annahme, sind aber der Meinung, daß der Kerger auch in diesem Falle ein schlechter Rathgeber war. Welche Erfahrung in anderen Fällen giebt uns indes die Sicherheit, daß das Gros unserer Wähler trotz „strengsten“ Beschlusses den Irrthum wieder gut machen werde.

Gegenüber unserer Bemerkung, daß in den Debatten über unsere Stellung zu den preussischen Landtagswahlen und namentlich über etwaige Wahlbündnisse Zurückhaltung sehr nothwendig sei, meint die „Reinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“:

„Wie hier im Westen sind der Ansicht, daß auf dem Parteitag die Unterlage für einen dem Partei-Interesse dienlichen Beschluß fehlt, wenn die eventuell in das Bündniß zu ziehenden Parteien bis dahin nicht bestimmte Anerbietungen gemacht haben. Gerade dem Zwecke, das Zentrum zu einer Erörterung und klaren Beschlußfassung zu veranlassen, diene die von Lügenan im Einverständnis mit den Bochumer Genossen gestellte Interpellation.“

Wir wollen uns mit dieser Erklärung und ihrem „Wir“ nicht weiter befassen, und nur sagen, daß sie unsere Bemerkung in keiner Weise entkräftet.

Wir können unsere Mahnung nur wiederholen: Ehe man, auch nur probeweise bei anderen Parteien Bündnisfragen mit bezug auf die preussischen Landtagswahlen stellt, muß man doch wissen, ob unsere Partei sich überhaupt beteiligen will, und wenn, ob sie Lust hat, Bündnisse mit anderen Parteien einzugehen. Das sind aber Dinge, die noch nicht entschieden sind. —

Eine Parteikonferenz für den schleswig-holsteinischen Reichstags-Wahlkreis Altona-Stormarn und Lauenburg tritt am 18. Juli, nachmittags 3 Uhr, in Schiffbeck im Vode'schen Lokale zusammen. Die Tagesordnung lautet: Bericht und Abrechnung; Wahl einer Vertrauensperson; Stellung zum Provinzial-Parteitag in Neumünster; Stellung zum Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Hamburg; Stellung zur nächsten Reichstagswahl; Berichtendes.

Parteiliteratur. In der gegenwärtigen Diskussion über die Vetheiligung der Parteigenossen an den Landtags-Wahlen empfehlen wir den Genossen das Studium der über diese Frage bereits früher erschienenen Broschüren: „Vebel.“ Das allgemeine Stimmrecht und die Sozialdemokratie“ (20 Pf.), in welcher namentlich die jüngste Reichsversammlung des sachlichen Dreiklassen-Wahlrechts eingehend und ziffermäßig dargelegt ist, und „Schippel.“ Fort mit dem Dreiklassen-Wahl-system“ (20 Pf.), eine Kritik, die zugleich eine kurze Geschichte der Entwicklung des politischen Lebens in Preußen seit dem Jahre 1848 ist. Beide Schriften sind durch den Verlag der Buchhandlung Vorwärts zu beziehen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen Verletzung der Regierungs-Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen zu Potsdam, verübt durch einen Artikel in Nr. 73 der „Potsdamer Volksmacht“, betreffend die behördliche Maßnahme gegen den Lehrer Rogg in Riggow, sollte sich am 17. Juni der frühere verantwortliche Redakteur der „Volksmacht“ Genosse Bahn vor der I. Strafkammer des Potsdamer Landgerichts verantworten; die Verhandlung wurde jedoch verlagert, weil ein formell richtiger Strafakt nicht vorlag.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Wahrung. Puffer! Auf dem Bau Widenberg- und Diebstahlstraßen-Gasse gehen die dort arbeitenden Fassadenputzer mit ihren Arbeitgebern in Lohnstreit. Bei der Uebernahme der Arbeit wurde mit dem Bauunternehmer der Preis unter der Bedingung vereinbart, daß ein bedeutender Theil der Dekorationsarbeit in Puffer'schem Werk die Puffer den Anordnungen des Bauunternehmers Folge leisten, erklärte der die Aufsicht führende Regierungs-Baumeister, die Arbeiter müssen streng nach der Ordinalzeichnung ausgeführt werden. Die Arbeiter weigern sich von dem Bauunternehmer mehr zahlen lassen. Jeder Versuch um Ausbesserung des Lohnpreises scheiterte aber an der Hartnäckigkeit des Unternehmers und es erfolgte an demselben Tage die Entlassung sämtlicher Fassadenputzer. Schon am Nachmittag, als die Puffer noch arbeiteten, hatten sich mehrere bekannte Streik-rechter eingefunden, mahnen die noch zu fertigende Arbeit aus, um am nächsten Morgen die Arbeit der Gemahregelten aufzunehmen. Auf das sonderbare ihrer Handlungsweise hingewiesen, hatten sie für die Kollegen nur lobende Bemerkungen und ließen sich in ihrem Verhalten nicht ändern. Der Hauptarranger ist ein unter den Putzern altkonformer Punktrechner aus Weihenfeld. Das Benehmen dieser Arbeiter findet unter den gekammten Putzern um so größere Verurteilung, weil zwei dieser Arbeiter sich rüden, in den Vororten Heimisdorf und Erber Vertrauensstellungen in der Partei einzunehmen. Die Lokalkommission der Puffer.

Deutsches Reich.

Zu Sachsenwalde sind, wie uns eine Privatpersone meldet, in der Tischlerei von Neumann Lohnbefreiungen ausgedroht, weobald der Bezug vollständig ferngehalten sei.

Auf Hils Riegelstein in Deeg a. S. in der Provinz Brandenburg ist am 8. Juni von mehr als 100 Arbeitern die Arbeit eingestellt worden, weil ihnen eine Forderung auf 10 Pf. Zulage pro Tausend nicht bewilligt wurde. In Rehn und Schmersow bekommen die Arbeiter 1,10 M. für das Tausend, in Deeg nur 90 Pf. Diese Weisung schlossen sich die Arbeiter zweier anderen Riegelstein in Deeg dem Streik an. Die Dienarbeiter beteiligten sich nicht an der Bewegung. Die Ausschüßigen ersuchen um strenges Fernhalten des Junges. Anfragen sind zu richten an Karl Schwertke in Deeg a. S.

Und in Rehn trat am 16. Juni die Arbeiter der Soran-schen Bleicherei an ihren Arbeitgeber mit der Forderung heran, statt bisher 90 Pf. pro Tausend Streie 1 M. zu zahlen. Gleichzeitig erklärten sie die Arbeit nicht eher aufnehmen zu wollen, bis die Forderung bewilligt ist. In Folge des bestimmten Auftretens der Arbeiter bewilligte der Unternehmer die Lohnerhöhung.

In Solingen beschloß der Gabelschleiferverein, nachdem die Gültigkeit des von den Fabrikanten gekündigten Preisverzeichnisses am 15. Juni abgelaufen ist, die jetzigen Preise vollständig anrecht zu erhalten und die Fabrikanten, die diese Preise nicht zahlen, sofort in Streik zu erklären.

Der Maurerstreik in Bochum ist am Dienstag für beendet erklärt worden, da, wie es in dem Beschluß der betreffenden Versammlung heißt, „die Streikenden bis auf zehn abgereit oder aber bei Weisern, welche die Forderung bewilligt haben, in Arbeit getreten sind“. Bei zehn Unternehmern sind die Forderungen (Zehn-stundentag und 45 Pf. Stundenlohn) durchgesetzt worden. Die übrigen liehen wenigstens eine Lohnerhöhung eintraten. Mehr war nicht zu erreichen, da die meisten Maurer an der Bewegung nicht theilnahmen.

Das Weihenfeld wird telegraphirt: Eine Erklärung sämtlicher Gewerkschaften des Kohlenreviers Weihenfelds. Ich behalt die Beseitigung der Akkordarbeit ab, ebenso den Acht-stundentag, eine allgemeine Lohnverhöhung sowie die Reisezeit. Dagegen sagt die Erklärung eine Prüfung und Abstellung verschiedener Mißstände und die Einführung von Arbeiterausschüssen zu.

In Erfurt haben die Bauunternehmer bekannt gemacht, daß nachdem jetzt der Zimmererstreik beigelegt ist, auch die Aus-sperrung der Maurer aufgehoben sei und daß diese unter den früheren Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen sollten. Die Aussperrung wurde sernerzeit vorgenommen, weil die Maurer gegen die streikenden Zimmerer Solidarität übten. Die Maurer beschloffen nun in einer Versammlung in geheimer Abstimmung mit 165 gegen 1 Stimme, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis ein Minimal-Stundenlohn von 40 Pf. bewilligt ist. Der Vorstehende der Versammlung wies nun darauf hin, daß infolge dieses Beschlusses an die Stelle der Aussperrung der Streik getreten ist und forderte die Anwesenden auf, euerig für die Durchführung ihres Beschlusses zu sorgen. Daraus trat ein Maurer mit dem Vereinsbann in die Mitte des Saales und erklärte die Kameraden, angesichts des Bauwerks das Gebäude der unverändlichen Treue zu widerhalten, welches die Verbandsmitglieder im Jahre 1894 bei der Bahnenweiche gethan,

Dann werde der Sieg nicht ausbleiben. Die Worte des Redners fanden begeisterte Aufnahme.

In Schwelm ist der Streik in der Kugelfabrik von Jülich bereits wieder beigelegt.

Unternehmer-Verbände.

Ein Ziergelei-Schuldfat soll, wie berichtet wird, in der Bildung begriffen sein, um die Marktpreise in Berlin einheitlich zu „regeln“ und die Lieferungen zu kontingentieren.

Soziales.

Den Arbeiter-Vereinsklub haben in Offenbach a. M., wie unser dortiges Partei-Organ meldet, die Geschäftsleute der Manufaktur- und Kurzwaren-Branche von Mittwoch dieser Woche ab eingeführt. Nicht nur vom Personal, das zu einem großen Teil bisher von früh 7 bis abends 10 und 11 Uhr im Geschäft sein mußte, sondern auch von allen Prinzipalen ist der Achtuhr-Lobenschluß, der durch freie Vereinbarung zu Stande kam, mit Freuden begrüßt worden.

Der Jahresbericht des Gewerbe-Inspektors für Neuh. J. L. ist erschienen.

Kunst und Wissenschaft.

Von der Bureaokratie der kgl. preuss. Theater-Intendantur zu Berlin erzählt Paul Einsemann in seiner soeben erschienenen Schrift: „Die Theaterstadt Berlin“ folgendes: „Als ich einmal (vor etlichen Jahren) Herrn Pierson besuchte, trat ein inwärtiger verschobener Hofnach mit wichtiger Miene und dicker blauer Maske ein. „Ich bin hier in einem offiziellen Staatsrats-Telegramm an Mascaqui auch Ihren Namen in der Unterschrift. Das ist doch eine Privatangelegenheit. Wie soll ich das nun buchen?“ Herr Pierson zog ruhig ein Zehnpfennigstück aus der Tasche und sagte: „Gestatten Sie, daß ich die Gelegenheit sofort benutze!“

Eine andere Sache erzählt mir der Direktor Marterfeld. Er hatte am Hoftheater zu Kassel den „Eumenendios“ neu zu inszenieren und ließ für eine Maßzeit eine Schüssel Milch und Semmel (Kostpunkt 1,60 M.) anschaffen. Nach einem halben Jahr kam von der hiesigen Rechnungskammer ein großes Altesstück: Dieser Posten sei bei den früheren Aufführungen des Stückes nie in Rechnung gekommen und Herr M. möge beantworten, warum, wieso und weshalb diesmal eine solche Ausgabe gemacht sei. Altesstücke wurden nun hin und her gewechselt, bis Herr M. die Schuld sich und er, um endlich Ruhe zu haben, die 1,60 Mark aus seiner Tasche zahlte!“

In neuen königlichen Opern-Theater geht am Dienstag die Oper „Die Bohème“ von Puccini zum ersten Male in Szene. Die Oper erscheint zum ersten Male in Berlin in deutscher Sprache.

Das Schiller-Theater gedenkt die neue Saison am 20. August mit Grillparzer's „Weh' dem, der lügt“ zu eröffnen.

Auch München hat jetzt sein Schmierentheater. In dortigen „Deutschen Theater“ eröffnete am Dienstag das „Zusbrücker Bauern-Theater“ ein Gastspiel. Geobach wurde das „große romantische Mitternachtsspiel“ „Haus von Schlangenborg“ oder der „Häcker der Unschuld“. Die „M. N.“ schreiben über das Stück und die Darsteller: „Von dem vielversprechenden Titel angelockt, war ein zahlreiches Publikum erschienen, das der Wahrung des lustigen Prologes, die grausamen Vorgänge sich nicht allzu sehr zu Herzen gehen zu lassen, mit nichtbarem Vergnügen folgte. Mord, Brand und Totschlag, Rindesraub, Verrat und schließlich blutige Kämpfe erschütterten die Hörer nicht so sehr, als die Spieler vielleicht erwarteten. Das lag weniger an ihnen als an der Umgebung, in der sie spielten. Auf einer primitiven Bauernbühne mit selbstgefertigten Kulissen und Kostümen würde das Spiel der Leute gewiß interessanter und anziehender. In dem glänzenden Theater inmitten prächtiger Dekorationen war der Eindruck des Komischen unvermeidlich und das ärgerliche Gefühl, das diese Distanz hervorruft, schließlich größer als das Amüsement. Dazu kommt, daß von den Mitwirkenden nur ein Teil eigentlich waschliche Bauernspieler sind. Die Mehrzahl ist keineswegs frei von theatralischer Dressur, und besonders die Frauenrollen werden im richtigen Bühnenjargon gesprochen...“

Geriichts-Beitrag.

Der große Steuerhinterziehungs-Projekt, der sich am hiesigen Landgericht I abspielte, wurde nach dreitägiger Verhandlung gestern zu Ende geführt. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Nied, verkündet das Urteil dahin, daß der Angeklagte der Steuerhinterziehung schuldig sei. Der Angeklagte habe, wie die vorgeschundenen Viehskaffen beweisen, in engster Beziehung zu der englischen Firma gestanden, deren Inhaber leider nicht strafrechtlich zu belangen seien. Die Hinterziehung habe in umfangreicher Weise stattgefunden, 26 Fälle seien als erwiesen angenommen worden. Es betrage die hinterzogene Steuer eine Summe von 2611,25 M., die Strafe müsse das Vierfache, also 10445 Mark betragen. Im Nachzahlungsfalle trete für den Betrag von 15 M. je ein Tag Gefängnis ein, jedoch dürfe die höchste zulässige Gefängnisstrafe von insgesamt 6 Monaten nicht überschritten werden. Außerdem sei der Werth der Waare, so weit sie nicht habe beschlagnahmt werden können, auf 28374 Mark 99 Pfennige berechnet worden, auch diesen Betrag habe der Beklagte zu zahlen.

Ein Strafverfahren gegen den bekannten Menageriebeyger Hagenbeck, das in der seligen Gewerbe-Ausstellung seinen Ursprung hatte, wurde gestern vom Kammergericht erledigt. Hagenbeck verurteilt bekanntlich im Vergnügungspark der Ausstellung Schaustellungen. Vor der Eröffnung seines Zirkustheaters fandte er zu dem hienreichend bekannten Orts- und Amtsvorsteher von Teepow, Herrn Hoffmann, einen Bevollmächtigten, der jenem mittheilte, daß die Vorstellungen am 3. Mai 1896 beginnen würden. Dessenungeachtet wurde Hagenbeck beschuldigt, er habe den § 52 des Gewerbe-Gesetzes dadurch verletzt, daß er einen gewerbebestimmten Gewerbebetrieb unternommen habe, ohne dies zum Zwecke der Bekanntschaft der Ortsbehörde anzuzeigen. Tatsächlich verurtheilt man ihn auch in einer höheren Geldstrafe. Er legte Berufung ein und betonte, daß doch die einmalige Anzeige bei Hoffmann genügen müsse, da dieser ja Amt- und Ortsvorsteher in einer Person sei. Das Landgericht wies jedoch die Berufung zurück, indem es zur Begründung des Urtheils ausführte, die vom Bevollmächtigten Hagenbeck's erstattete Anzeige sei nur als die im § 14 der Gewerbe-Ordnung vorgeschriebene Anzeige an die Ortsbehörde, also an den Amtsvorsteher von Teepow. Hätte er gemäß § 52 des Gewerbe-Gesetzes den Ortsvorsteher die Eröffnung des Gewerbebetriebes anzeigen wollen, dann hätte er dies ausdrücklich sagen müssen. Wegen dieser sonderbaren Entscheidung legte Hagenbeck beim Kammergericht die Revision ein und machte geltend, daß sogar das Bureau des Amtsvorstehers Hoffmann dasselbe sei, wie das des Ortsvorstehers Hoffmann. Der Vertreter des Oberstaatsanwalts beantragte die Zurückweisung der Revision, indem er sich die Rechtsaufhebung des Landgerichts zu eigen machte. Der Strafsenat des Kammergerichts stimmte aber den Ausführungen des Angeklagten zu und sprach ihn unter Aufhebung des Landgerichtlichen Urtheils frei.

Im Mordprozess Brünig gab der Angeklagte, wie aus Halberstadt berichtet wird, gestern eine kühnen erregende Erklärung ab. Der Angeklagte erklärte, er habe den Bothe mit der eisernen Keule zweimal auf den Kopf und einmal auf die Hand geschlagen; sie seien ins Hingen gekommen, weil Bothe zu ihm gesagt habe, es werde ihm gelingen, mit der Schwerkraft des Angeklagten intimen Verkehr zu unterhalten. Im weiteren Verlaufe

des Prozesses wurde von einer großen Anzahl von Zeugen bezeugt, daß der Wagen von innen und von außen mit Blut besudelt war. Der Gerichtschreiber Dr. Jeserich-Berlin bestätigte dies und bemerkt, daß auf der Deichsel ein blutiger Händrdruck zu sehen war. Der Angeklagte bestritt, die eiserne Keule absichtlich mitgenommen zu haben, und versichert, daß es ihm, während Bothe ihn an der Brust gepackt hatte, möglich war, die Keule aus der hinteren Wagentasche hervorzuziehen. Im weiteren Verlaufe der Zeugenvernehmung wurde bezeugt, daß die Keule, die bei der Viehränte verwendet werden sollte, wegen ihrer Schwere niemals in Gebrauch genommen sei.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den 5. Berliner Wahlkreis, der unter dem sogenannten Adlerlap angeleitet wurde, hielt am Donnerstag eine Versammlung ab, um nunmehr, nachdem mittlerweile eine neue Bereinigung entstanden war, seine Auflösung selbst zu beschließen. Vorher hatte der Kassirer Adler die Abrechnung verlesen, die mit einem Kassenbestand von 81,85 M. abschloß, welcher Betrag zur Agitation überwiesen wurde.

Der Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 15. d. M. in Wilbrodt's Lokal, Mällesstr. 7, eine Versammlung ab, in der Ingenieur Grempe über Kolonialpolitik und Kolonialkassen referirte. Eine Diskussion über den beifällig entgegengenommenen Vortrag fand nicht statt. Unter Verschiedenem stellte Schmidt die Anfrage, wie es läge, daß die alten Zahlstellen-Inhaber noch nicht mit einer Zahlstelle des Wahlvereins bedacht wären? Er glaube annehmen zu dürfen, daß hier eine bestimmte Absicht vorläge und spreche dem Vorstand das Recht ab, über derartige Angelegenheiten selbständig verfügen zu können. Die Gen. Kiesel, Schumann, Waschowski, Krandssee, Haase, Kröhn und andere wiesen den Vorwurf der Parteilichkeit zurück und bedauerten lebhaft, daß in der ersten regelmäßigen Mitglieder-Versammlung des Vereins der krasse Egoismus zu Tage trat. Sachau fragt an, ob sich der Wahlverein nicht mit der ästhetisch brennenden Frage der Reichsregierung an den Landtagswahlen beschäftigen wolle. Der gleiche Wunsch wurde von anderer Seite geäußert, worauf Genosse Ernst erklärte, daß über 8 Tage eine öffentliche Versammlung mit einer diesbezüglichen Tagesordnung stattfinden würde. Mit der Aufforderung, in Zukunft für besseren Versammlungsbefuch zu sorgen, um den Wahlverein auf seine alte Höhe zu bringen, schloß der Vorsitzende die leider recht schwach besuchte Versammlung.

Die Arbeiter-Bildungsschule hielt am 16. d. M. eine außerordentliche Generalversammlung im Louisestädischen Klubhaus ab. Der Vorsitzende gab den Bericht über die Thätigkeit der Renner-Kommission und begründet den von dieser gestellten Vorschlag, auf folgender Grundlage die Schule zu reorganisiren.

1. Die Arbeiter-Bildungsschule behält weiter als Schule im Zentrum der Stadt gelegen.
2. Die Mittel zur Unterhaltung des Instituts müssen zum größten Theil durch Schulgeld und Mitgliederbeiträge aufgebracht werden.
3. Die Thätigkeit der Schule schließt vierteljährlich ab.
4. Die Unterrichtsstufe der einzelnen Fächer zerfallen in 10 Abende.
5. Jeder Schüler entrichtet pro Kursus bis spätestens am zweiten Abend 1 M. Schulgeld und 25 Pf. Mitgliederbeitrag bis spätestens in der zweiten Woche pro Monat.
6. Unterrichts-Abende sollen in der Woche zunächst nicht mehr als drei Abende, mindestens aber zwei stattfinden; Nationalökonomie und Geschichte festlegend.
7. Die Geschäfte der Schule besorgt der Vorstand, in welchem keine Präsenz vertreten sein dürfen.
8. Der Lehrstoff und die Unterrichtsmethode werden von einem Lehrerkollegium bestimmt. Soweit die finanzielle Seite in betracht kommt, hat der Vorstand Bestimmungsrecht.

Der Vorsitzende führte hierzu aus, daß mit dem Alten gebrochen werden müsse. Die Arbeiter-Bildungsschule dürfe, wenn sie einen Zweck haben soll, nur das lehren, was in anderen Bildungsinstituten entweder gar nicht oder aber nicht den Interessen der Arbeiter entsprechend gelehrt werde. Nationalökonomie und Geschichte seien die Hauptwissenschaften, diese sollen ständig unterrichtet werden. Mehr als drei verschiedene Unterrichtsstunden dürfen nicht nebeneinander behandelt werden. Am eventuellen dritten Abend vierteljährlich abwechselnd Geographie, Naturkenntnis, Naturlehre u. a. Die Schule müsse mit einer Schule im Zentrum anfangen. Steigere sie mit der Zeit die Beteiligung, so sollen dem entsprechend Schritte gehen und Parallelkurse eingerichtet werden. Auch habe die Kommission bei eintretenden Defiziten für sichere materielle Unterstüzung gesorgt. Auf die Vergütung und sonstigen Unternehmungen verzichtet die Arbeiter-Bildungsschule. Der Bildungsverein „Mehr Licht“ wolle sich mit der Schule verschmelzen. In der Zeit vom September bis Mai finden des Sonntags Abend-Versammlungen statt. In diesen sollen über die Wissensgebiete Vorträge gehalten werden, für die es nicht auf ist, Unterrichtslehre einzurichten. In der Diskussion sprachen Schmidt, Krönig, Kahlen, Franke, Tame u. a. Der Kommissionsentwurf fand einstimmige Annahme und die Statuten wurden gleichfalls mit einer Abänderung nach dem Entwurf der Kommission angenommen. Einem Antrag, den Mitgliedern freien Eintritt in die Sonntag-Versammlungen zu gewähren, wurde zugestimmt. Der Schulunterricht beginnt mit Oktober, voraussichtlich im Lokale des Herrn Grosse, Annenstr. 18.

Die Maurer waren am Donnerstag wieder in so großer Zahl im Keller'schen Saale versammelt, daß sämtliche Tische misert werden mußten, um der aus mehreren tausend Köpfen bestehenden Menge Raum zu schaffen. Die Anwesenden nahmen mit stilllichem Interesse den Bericht ihres Kollegen Silberstein über den Stand der Lohnbewegung entgegen, welcher etwa folgendes sagte: Die Lohnkommission könne mit Freuden berichten, daß die Situation eine recht günstige sei. Von 617 vorhandenen Bantzen, auf denen vor dem Streik 7110 Maurer arbeiteten, sind die Forderungen, soweit es bis jetzt bekannt ist, auf 396 Bantzen mit 4213 Maurern bewilligt worden. Zu den alten Bedingungen arbeiten noch 1224 Maurer auf 218 Bantzen, worunter aber sehr viel kleinere Arbeitsstätten sind. Von den größeren Bantzen dieser Kategorie sind 66 vorhanden, auf denen nur 1 bis 2 Mann arbeiten, während die anderen sich dem Streik angeschlossen haben. Auf 63 Bantzen, darunter die größten und bedeutendsten, wie der Dom, der Marsall und andere große Arbeitsstätten der Firma Feld u. Franke sind die Forderungen anerkannt. Die Zahl der Streikenden einschließlich der Arbeitslosen beträgt 1673. Auch in Charlottenburg haben bereits einige Zunftgenossen bewilligt. Das Resultat der diesjährigen Lohnbewegung sei demnach ein sehr befriedigendes und berechtige zu der Annahme, daß der Streik bald mit einem vollen Siege der Maurer enden werde. Ohne Debatte nahm die Versammlung eine Resolution an, wodurch sich jeder Maurer verpflichtet, zum Gelingen der Bewegung beizutragen durch agitatorische Einwirkung auf die zur Zeit noch zu den alten Bedingungen arbeitenden Kollegen. Hierauf wurde dem Antrage der Lohnkommission entsprechend beschlossen, daß jeder Maurer, der zu den geforderten Bedingungen arbeitet, pro Arbeitsstag 25 Pf. zum Streikfonds zu zahlen hat. Die Streikunterstützung wurde nach länger und sehr bewegter Debatte folgendermaßen festgesetzt: Jeder Streikende erhält vom dritten Tage an pro Tag 2 M., für jedes Kind 1 M. pro Woche. Dann wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Bewegung der Maurer geschlossen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. In einer Branchenversammlung der Hobelrager und Gehilfen sprach am 13. Juni Genosse Metzger über das Vereins- und Versammlungsrecht und seine Bedeutung für die Gewerkschaften. Nach einer kurzen Diskussion, die sich im Sinne des Referats bewegte, wählte die Versammlung zum Vertreter in die Ortsverwaltung das Mitglied Scheffler. Die übrigen Gegenstände der Versammlung betrafen interne Angelegenheiten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Die regelmäßige Versammlung für den Bezirk Moabit beschloß sich am 14. Juni mit der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten. Die Erziehung ergab folgendes Resultat: Krüger, Weißiger; Worm, Schriftführer; Hauth und Harter, Beitragssammler. In die Kontrollkommission wurde Rosenberger delegiert.

Im Bezirke W. und SW. gab Kutschke einleitend einen interessanten Rückblick über die diesjährigen Lohnbewegungen der Holzarbeiter. Die Erziehung der Bezirk-Kontrollkommission ergab folgendes Resultat: Böhmel, Zägle, Fischer und G. L. Busky für SW.; Runge, Berger und Warden für W. Ueber die Angelegenheiten der geladenen Arbeiter aus einigen Werkstätten konnte wegen vorgerückter Zeit nicht gesprochen werden. Es handelte sich hauptsächlich um Erörterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den betreffenden Werkstätten.

Die Versammlung im Osten, die am 14. d. M. tagte, war nur schwach besetzt. Das Referat hatte Genosse Runge übernommen, der in interessanter Weise über das Handwerk in aller und neuer Zeit sprach. Dobalow beantragte, den Bezirk Nordosten vom Osten zu trennen, um dadurch ein kleineres und besseres Wirkungsfeld zu haben. Loge sprach gegen den Antrag und weist nach, daß die beiden Bezirke zusammen nicht zu groß sind, um wirksame Agitation zu betreiben. Der Antrag wurde hierauf abgelehnt. Sodann wählte die Versammlung in die Bezirk-Kontrollkommission die Mitglieder Weber, Dobalow, Möbius, Zäntzer, Tannhäuser, Kreutter, Ostermann, Rudolf Blank und Schmidt.

Im Bezirke der Gravenre, Giseleure etc. hielt am 15. d. M. Herr Schriftsteller Schläpfer einen Vortrag über: „Das arbeitende Volk und die Kunst“. An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Redner. Unter Vereinsangelegenheiten wird eine Erziehung zur bevorstehenden Generalversammlung des Verbandes vorgenommen und geht Gravenre Guttman als Delegierter aus der Wahl hervor. Des weiteren wurde bekannt gegeben, daß die Wahl zu der am 18. Juli stattfindenden Dampferpartie bei Matschall, Wienerstr. 60, sowie bei sämtlichen Mitgliedern des Vergnügungsausschusses zu entnehmen sind. Unter Verschiedenem wurde zur regen Agitation zu der am 23. Juni bei Reiger, Wasserthorstr. 68, stattfindenden öffentlichen Versammlung der Gravenre und Giseleure aufgefodert.

Die Genossen in Alt- und Neu-Sienick hielten am 9. d. M. eine öffentliche Kollektivversammlung im Lokale des Herrn J. Söh. „Wirthshaus zum goldenen Stern“, Grünauerstraße, ab, in der Genosse Günther eine Rede kommunaler Mißstände zur Sprache brachte. Von den eingeladenen Gemeindevetretern war niemand erschienen und nahm die Versammlung schließlich eine Resolution an, in der die drei Arbeitervertreter zur Niederlegung des Mandats aufgefodert wurden. Unter Verschiedenem wählte die Versammlung eine Lokalkommission, bestehend aus den Genossen Haase, Spieker und Boll. Günther gab bekannt, daß Herr Söh sich verpflichtet habe, sein Lokal der Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen. Michels forderte deshalb die Anwesenden auf, nun auch ihrerseits den Wirth zu unterstützen, da die Behörde jedenfalls gegen denselben einschreiten wird. Die Versammlung war seit nahezu 2 Jahren die erste im Ort, das Interesse also ein großes, sogar Genossen von Adlershof und Andow waren erschienen. Man kam überein, von nun an eine rege Agitation zu betreiben und versprochen die Genossen von Adlershof und Andow für thätigste Unterstützung, auch finanzielle, zu sorgen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Vielefeld, 18. Juni. (M. T. B.). Die Rede, welche der Kaiser bei Entgegennahme des Ehrenkreuzes auf dem Sparenberge hielt, hat folgenden Wortlaut: In dieser geweihten Stätte, die zeugt von der Auferstehung eines der gewaltigsten Helden, die Europa jemals gesehen hat, den seine Feinde schon den großen Kurzfischen nannten, ergreife ich den Becher, um auf das Wohl der Stadt Vielefeld und Wehlfalens zu trinken. Wie einst mein großer Ahn auf seinem Zuge hier Halt hielt und die Thaten voranstimmte, die seine Brandenburger ausführen sollten und wie er hier auch Werke des Friedens sich widmete, so sehe ich vom Sparenberg herab und habe auch hier Rath gepflogen, freilich zu einem anderen Kampfe, der eben aus dem Lande heraufgezogen ist. Ich habe hier das segensreiche Wirken eines gottbegnadeten, vom Himmel gesendeten Mannes, des Pastors von Wodschwingen zu bewundern Gelegenheit gehabt, ich habe auch hier von neuem Muth geschöpft zu dem Kampfe, den bereits seit dem Befehle des Hohenzollernhauses meine Vorfahren geführt haben, dafür für jeden Unterthan — sum cuique — für seine Arbeit und seinen Verdienst zu sorgen. So trinke ich diesen Becher auf das Wohl Vielefelds auf das Wohl der treuen Wehlfalens, auf die ich trauere und von denen ich weiß, daß ihre Treue mir sicherer steht, als die Grundmannern des Sparenbergs. Ich trinke den Becher mit dem Wunsche, daß mein Programm durchgeführt werde zum Wohle meines Volkes. Schah der nationalen Arbeit, Zurückweisung jeder Unsturzbestrebung und schwerer Strafen demjenigen, der seinen Nachbar an freiwilliger Arbeit hindert, in diesem Sinne Vielefeld und meinen Wehlfalens ein Hoch.

Frankfurt a. M., 18. Juni. (B. H.). Die „Frfr. Bg.“ meldet aus Wien: Nach dem Vaterland äußerte Graf Baden gegenüber einer hervorragenden Persönlichkeit, daß er Verhörmgsversuche unternehmen wolle. Wenn die Vernehmung nicht zu Stande käme, würde die Auflösung des Parlaments erfolgen.

Graz, 18. Juni. (B. H.). Seit gestern Abend herrscht hier eine wüthende Bora mit Gewitterregen. In den Gärten und in den Feldern ist dadurch bereits großer Schaden angerichtet.

Graz, 18. Juni. (B. H.). Der Hauptmann des Kohlenbergwerks Wolfingbrunn der Graz-Nödlauer Bahn ist eingestürzt. Ein Arbeiter wird vermisst, die anderen beiden, die sich in dem Schacht befanden, sind gerettet.

Vern, 18. Juni. (M. T. B.). Der Ständerath beschloß in der Nachmittags Sitzung mit 29 gegen 17 Stimmen, in die Verfassung der einzelnen Artikel der Vorlage über die Bahnverstaatlichung einzutreten.

Paris, 18. Juni. (B. H.). Die Ernennung von 7 katholischen Bischöfen in Rußland steht bevor. Der neue russische Gesandte beim Vatikan, Schwarzikow, hat dem Kardinal Rampolla die diesbezügliche Genehmigung des Jaren überreicht.

Triest, 18. Juni. (B. H.). Die Arbeiterunruhen in den Salzwerken der Aries sind beendet. Alle italienischen Arbeiter sind entlassen; theilweise haben sie bereits die Abreise angetreten.

Ungarno, 18. Juni. (B. H.). Infolge wiederholter bestiger Gewitterregen in den letzten Tagen ist der Verkehr auf der Zweigstrecke der Gotthardbahn zwischen Macagno und Pino am Lago Maggiore durch Erdschlippe seit zwei Tagen unterbrochen. Auf der Hauptstrecke bei Maroggia am Lago Maggiore wurden vier Güterwagen eines Zuges verschüttet. Die Freimachung der Linien ist mit großen Arbeitskräften in Angriff genommen.

Barcelona, 18. Juni. (B. H.). Hier hat die Nachricht, in Valencia seien mehrere Bomben gefunden worden, Erregung hervorgerufen.

London, 18. Juni. Die „Times“ melden aus Buenos Ayres vom heutigen Tage, daß verschiedene große Menschenmengen in Santos und anderen im Norden gelegenen Provinzen Argentiniens aufgelassen seien. Die bevorstehende Ernte werde hierdurch ernstlich bedroht. — Nach einer weiteren Meldung aus Buenos Ayres stimmen alle dort aus Montevideo eingelaufenen Nachrichten darin überein, daß die Unzufriedenheit unter den hervorragenden Mitgliedern der Partei der Colorados im Wachsen ist. Die in Buenos Ayres erscheinenden Blätter versichern, die einzige Lösung der gegenwärtigen unbefriedigenden Lage in Uruguay sei die Amtsaussetzung des Präsidenten Virda.

Rauca, 18. Juni. (B. H.). Die internationale Flotte beschlagnahmt fünf griechische Schiffe, die im Dienste der „Ghette Helairia“ freiwillige Waffen und Munition auf Kreta einschmuggeln wollten.

Literarische Rundschau.

Franz Mehring: Geschichte der Sozialdemokratie. Heft 1-9. (Eintigert, in Ditz' Verlag, 1897. Das Werk erscheint in wöchentlichen Lieferungen...

Die große Entwicklungsgeschichte des Sozialismus, die im Ditz'schen Verlage erscheint, fähret rüstig ihrer Vollenendung entgegen. In zwei stattlichen Bänden sind die Vorläufer des neueren Sozialismus behandelt...

Der moderne wissenschaftliche Kommunismus, das ist die Gedankenrevolution, die von Marx und Engels vollbracht, den Sozialismus aus den untrachtbaren Höhen der Spekulation in den Fluss der realen historischen Entwicklung herabzog...

Nach einem kurzen Rückblick auf den utopischen Sozialismus und die englisch-französischen Arbeiterbewegungen des dritten und vierten Jahrzehnts, die dem öffentlichen Auftreten von Marx und Engels vorangingen...

Von diesem Hintergrund hebt sich die Darstellung des beginnenden deutschen Sozialismus, einerseits der urwüchsigen kommunistischen Handwerkerpropaganda und andererseits des geistigen Prozesses, der zur wissenschaftlich-realistischen Formulierung des sozialistischen Gedankens führte...

Die Hauptaufgabe des neuen Standpunktes geschah, wie es der damals in Deutschland herrschenden Geistesströmung und der philosophischen Revolution des jungen Marx, der von den großen Philosophen der Hegel'schen Philosophie mächtig gepast war...

Die Hegel'sche Dialektik, befreit von ihren ideologischen Formen und ab von der revolutionären Macht der Wirklichen, aber jenseit selbstige Schranke wieder hinausstrebbende Entwicklung, wirkte als triebkräftiger Keim weiter in den neuen Gedanken...

der großen deutschen Philosophen, und wendet sich alsdann zu den Ausländern der Hegel'schen Philosophie, den von Ruos gegründeten Halle'schen Jahrbüchern, den Schriften von Strauß, Bruno Bauer und Feuerbach...

Ein besonderes Interesse kann die wenig bekannte Marx'sche Abhandlung über die „Judenfrage“ in den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“ beanspruchen, weil sie in ihren Ausführungen über Staat und Gesellschaft aus dem jungen Denker gewisse Momente an der Grenzlinie der ihm liberalsten und der von sich in ihm bildenden Gedankenwelt zeigt...

Der etwa zwei Jahre später in Paris geschriebene Aufsatz über die „Judenfrage“ bricht nun mit der ideologisch verklärten Staatsauffassung fertiglich noch nicht in klarer Weise, aber er zeigt, wie tief bereits Marx in den wahren Charakter der bürgerlichen Gesellschaft eingedrungen ist...

Die Gleichheit bestehe nicht in der Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft, in der vielmehr jeder seinen besonderen Privatinteressen nachjage, sondern nur in dem Staatsbürgerthum der Gesellschaftsglieder, die der moderne Staat — wenigstens in seinen fortgeschrittensten Gestaltungen — ohne Rücksicht auf die Unterschiede der Geburt, des Standes, der Bildung und Beschäftigung zur gleichmäßigen Theilnahme an der Volkshoheit zulasse...

Marx erkennt also den schmerzlichen Gegensatz zwischen der wirklichen bürgerlichen Gesellschaft und dem, was philosophisch als die Idee des modernen Staates erklärt wurde, mit völliger Klarheit; aber der Schluss, daß eben dann auch der Staat, der ja nur die zusammenfassende allgemeine Organisation der bürgerlichen Gesellschaft ist, in Wahrheit nicht jenes, den Sonderinteressen der Einzelnen und der Klassen entbehrende Vermittlungsorgan sein kann...

Mit dem Manifest findet die erste kritische Periode des Marx'schen Denkens ihren glänzenden Abschluß. Der Klassenkampf der Revolution erst ihn wie Engels nach Deutschland zum praktischen, politischen Wirken und der Geschichtsschreiber, der so lange den theoretischen Gedankenspielen der Zepelimpfe, wobei die große Zahl der Leser mit vollem Interesse ihm folgen wird...

Dr. Oskar Junitschek: Ueber die wirkliche Entstehung der Kapitalien. Berlin 1897 bei Puttkammer u. Mühlbrecht. 144 Seiten.

„Vorbereiten zur Entkräftung sozialistischer Theorien“ nennt sich im Nebentitel diese Schrift, die, wenn auch keinen andern, so doch den Vorzug der Kürzlichkeit hat. Es wäre eine unverzeihliche Leichtfertigkeit, wollte man nicht auf die drohende Gewitterwolke, welche sich über dem Haupte der ahnungslosen Sozialdemokratie in diesen Vorbereiten zusammenballt...

Die Oportunisten ist programmatisch für das ganze Kongress, das der Herr Doktor anführt. Die angeborene Farbe der Trivialität ist nirgends durch des Gedankens Blässe angefränkt. Unter dem schweren Gewicht, mit dem die Marx'sche Theorie, daß die Kapitalbildung auf der Ausbeutung, d. h. der Aneignung unbezahlter Arbeit, beruhe, in Grund und Boden geschoben wird...

Der arme Marx bekommt noch viel zu hören. So erfahren wir, daß er, in seiner verschobenen Verblüfftheit, die industrielle Reserve-Armee aus seiner Phantasie schöpft; wie jedes Phantasiegebilde zeigt sie sich nicht dem, der u. u. u. in die Welt betrachtet.

Zehn wissen wir's, die Arbeiter, die keine Arbeit finden, die hungern bloß in ihrer Phantasie. Sie trüben offenbar zu viel, um die Welt nicht zu zerstören zu können. Ein wenig nüchternere Betrachtung, und dem Moskau ist abgetoßen! Ueberhaupt sie haben noch viel zu lernen, so unter anderem die funkelneulene grobe Wahrheit, daß die erste Ursache des Gutes und Unmuths der Kapitalisten der menschliche Wille ist...

C. S.

Eingelaufene Druckschriften.

- Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. S. M. Ditz' Verlag) ist folschen das 2. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt seien hier hervor: Der Gesetzgeber. Religion und Philosophie. Von H. Winter. — Zwei politische Programme. — Emancipation. Von Dr. Hermann. — Ein jungliberaler Beitrag. Industrie und Handel. Von Theodor Kapfuss. (Hochsch.-zsg.) — Jargon. Ein. Von Marx. In eigener Sache. Ueber die Wirkung der Vermögensgleichheit.

Kommunales.

Und der Magistrats-Sitzung am Freitag. Zur Verleihung der...

Kokales.

Die Kanalisationsarbeiten in der Potsdamerstraße zwischen...

Die „Arbeitswilligen“ Revolverhelden des Hamburger...

Gegen die Direktoren des Belle-Alliance-Theaters, die...

Einem strammen Doylott wollen nach der „Post“ eine Reihe...

Der elektrische Bahnbetrieb auf der Wannesebahn wird vorläufig...

Die Kreisynode II, in welcher der Pastor Berliner die bekannten...

Die Direktion der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft hat...

Der „Sozialist“ wurde gestern morgen abermals auf Verbot...

Der Transport von Soldaten auf dem Fußwege nach und...

Endlich sind von den Fahrkartenverkäufern der Stadt- und...

Die Wahlen für das Direktorium der akademischen Lesehalle...

Zum Wohnungswechsel. Mit Bezug auf die Polizeiverordnung...

Zur Feiler'schen Nordfrage. Frau Hartmann, die Tochter...

Zur Brandkatastrophe. Die Frau des Schneidermeisters...

Die Mitteilung hiesiger Blätter, das am Anlaß des Brandes...

Das Polizeipräsidium theilt mit: Die Grundstücke, in welchen...

Beim Baden an verbotener Stelle ertrunken ist der 19-jährige...

Eine unglaubliche Rohheit verurteilte gestern Abend am...

Einige Ruffische erregte am Donnerstag vor einem Hause...

Straßenperrung. Das Garten-Ufer von der Technischen...

Die Grunewaldstraße zwischen der Goltstraße und der Wilmers...

Der 102 Jahre alte Schuhmachermeister Preuzler, Sauerbräcker...

Die Leichen eines Liebespaars sind gestern vor dem Hause...

Verschiedene Mitteilungen. Beim Fällern der Fische in...

Aus den Nachbarorten.

Friedrichshagen. Parteigenossen! Wir machen bis noch nicht...

Von der neuen Anleihe der Stadt Charlottenburg in Höhe...

Vermischtes vom Tage.

In Giesmannsdorf bei Rauenburg in Schlesien gevielten...

Briefkasten der Redaktion.

Die switschische Zerkochsunde findet Montag 3. Dienstag 5...

Witterungsübersicht vom 18. Juni 1897.

Table with 6 columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur. Lists weather data for various stations like Swinemünde, Hamburg, Berlin, etc.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 19. Juni 1897. Ziemlich kühl, zeitweise heiter, vielfach wolkig mit Regenschauern...

Arbeiter-Bildungsschule. Die Bibliothek in der Nordstraße 10...

Arbeiter-Kameradschaft Berlin und der Umgebung. Versammlungen im...

Arbeiter-Kameradschaft Berlin und der Umgebung. Versammlungen im...

Theater. Sonnabend, den 19. Juni. Neues Igl. Operntheater (Krohn).

Urania, Tanken-Strasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung...

Viktoria-Brauerei (Garten resp. Saal). Lützow-Strasse 111/112...

Allen Freunden, Kollegen und Bekannten zur Nachricht, dass ich...

Ortskrankenkasse d. Handschuhmacher u. verwand. Gewerbe...

Todes-Anzeige. Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht...

Whillev-Theater (Wallner-Theater). Sonnabend, den 19. Juni...

Castan's Panopticum. Die elektrisch beleuchteten...

Concordia Variété-Theater. Brunnenstr. 151. Jeden Sonntag...

Reichsgarten. Friedenstrasse 20 (Ecke Bismarckstrasse).

Arbeiter-Nachfahrer-Berein "Berlin". Tour nach Freienwalde...

Otto Grünberg. Ich wohne jetzt Kommandantenstr. 33.

Ostend-Theater. Gr. Franzstr. 132. Dir. G. Weich. Unsere Reichspost...

Schweizer Garten. Am Königsthor u. Friedrichshain. Täglich! Täglich!

Konzerthaus Sanssouci. Reichenbergerstr. 4a. Täglich: Gr. Vorstellung u. Konzert...

Oranienburg. Waldhaus Sandhausen. nahe dem Bahnhof u. Grabowsee...

Landpartie der polnischen Sozialisten. findet Sonntag, den 20. Juni...

Möbel. verleiht gewasene und neue, häuslich billig, Zehlszahlung gestattet...

Volks-Theater. 61. Reichenderger-Strasse 34. Sommer-Saison. Abends 8 Uhr...

Restaurant „zum gemütlichen Strass“. Stralauer Allee 17b.

Konzerthaus Sanssouci. Reichenbergerstr. 4a. Täglich: Gr. Vorstellung u. Konzert...

Häferland's Restaurant. Ober-Schöneweide. empfiehlt seinen Saal, Garten, Regelt...

Jede Uhr reparieren und reinigen. Garantiert bei uns unter Garantie...

Reel und billig. faukt man in der Norddeutschen Schuhfabrik...

Apollo-Theater und Konzert-Garten. Auftreten des unerreichten Humoristen Otto Reutter...

Ostbahn-Park. Müderdorferstr. 71. Am Köpenicker Platz. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung...

Konzerthaus Sanssouci. Reichenbergerstr. 4a. Täglich: Gr. Vorstellung u. Konzert...

Strohmeier's Restaurant. Markgrafendamm. am Stralau-Simmerlebener Bahnhof...

Deutlich. Portier. Defert- u. Wolkstr. 1. Rang. Brauerei Surahalter, Potsdam...

Brockhaus Konvert. Lexikon. 11. Aufl. von A bis Z vollständig...

Puhlmann's Vaudeville-Theater. Schönhauser Allee 118. Saison: Allee 97-99. Täglich: Manuschrift an Bord...

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau. Oeconomie: Birkholz & Mittag. Jeden Sonntag und Donnerstag...

Konzerthaus Sanssouci. Reichenbergerstr. 4a. Täglich: Gr. Vorstellung u. Konzert...

Grünau. G. Wagner's Restaurant früher Lietke. Großer Saal, Garten, Kaffeecke...

Lanolinseife! macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Vanillinseife und ein kleines...

Mühlentstraße Nr. 8. nahe Oberbaum u. Warkocherstraße. sind billige fremdliche Wohnungen...

W. Noack's Theater. Brunnen-Strasse 10. Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung...

Wirthshaus Schmargendorf. Gärtnereistr. 6. direkt am Grunewald, mit Garten, Tanzsaal...

Konzerthaus Sanssouci. Reichenbergerstr. 4a. Täglich: Gr. Vorstellung u. Konzert...

Treptow. Restaurant Jägerheim Köpenicker Landstrasse. Schattiger Garten, 4 Regeltbahnen...

Bahn-Atelier. Rühl. Jahre in tadelloser Ausführung...

Arbeitsmarkt. 15 tüchtige auf Bauarbeit eingearbeitete Tischlergesellen...

Viktoria-Garten, Treptow, Morgen, Sonntag: Grosses Garten-Konzert. Im großen Saale: Tanz, Pöny- und Esel-Reiten...

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
(Zahlstelle Berlin).
Montag, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein's oberem Saal, Alte Jakobstr. 75:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Grempe über: „Riesenerfennrohr-Bauten“. 2. Verhandlung über das vom Verbandsvorstand ausgearbeitete Direkt- und Mahregelungs-Reglement. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
Der Bevollmächtigte.

Es wird dringend gebeten, die noch ausstehenden Formulare zur Wahlbestimmung auf dem Bureau, Kinnestraße 50, abzugeben.
Sonntag, den 20. Juni, nachmittags 2 Uhr, Besuch des Botanischen Gartens, Treppentritt präz. 1/2 Uhr vor dem Haupteingang Potsdamerstr. 75.
Die Bibliothek ist vom 4.—17. Juli geschlossen; alle geliehenen Bücher sind bis 3. Juli spätestens zurückzugeben.

Montag, den 19. Juli 1897: Sommerfest in der „Neuen Welt“. Billets sind auf sämtlichen Zahlstellen und im Bureau zu haben.

Verband der Möbelpolierer.
Heute Abend 8 1/2 Uhr, in Weissensee, Köpferstr. 20:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Das Kleinrentnerthum in den Vororten und deren Handwerker. 2. Verschleissangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Morgen Nachmittags: Ausflug mit Familie nach Stralau, Restaurant Schwaneberg.
Montag, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilke, Andreadstraße Nr. 26:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: „Gymnastik“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Abends 8 1/2 Uhr, im Stralauer Chauffee 17b, ist hiermit eingeladen.
Der Vorstand.

Verband der Bergolder.
Montag, den 21. Juni, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Grosse, Kinnestraße 16:
Monats-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.
2. Wahl eines zweiten Vorsitzenden. 3. Verschiedenes und Angelegenheiten.
Es ist Pflicht aller Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin).
Montag, den 21. Juni 1897, abends 8 1/2 Uhr, in Jägler's Salon, Dammstrasse Nr. 13:
Bezirks-Versammlung für den Westen, Süd-Westen und Schöneberg.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Th. Wecker über: „Unternehmerverbände, Arbeiterverbände“. 2. Diskussion. 3. Wahl der Bezirksleitung. 4. Verbandangelegenheiten und Verschiedenes.
Montag, den 21. Juni 1897, abends 8 1/2 Uhr, im Konischenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstrasse 37:
Branchen-Versammlung der Former und Gießerei-Arbeiter.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vorsitzenden und Wahl der Agitationskommission. 4. Verbandangelegenheiten und Verschiedenes.
Dienstag, den 22. Juni 1897, abends 8 1/2 Uhr, in Raabe's Salon, Kolbergstrasse Nr. 23:
Bezirks-Versammlung für Wedding u. Oranienburger Vorstadt
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl der Bezirksleitung. 4. Verbandangelegenheiten und Verschiedenes.
Dienstag, den 22. Juni 1897, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung für den Osten
in Keller's Lokal, Kopenstrasse 20.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Waldeck Manasse. 2. Diskussion. 3. Wahl der Bezirksleitung. 4. Verbandangelegenheiten und Verschiedenes.
Dienstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Roabier Klubhaus, Venusstr. 9.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Massantsch über: „Die Gewerkschaftsbewegung einst und jetzt“. 2. Diskussion. 3. Wahl der Bezirksleitung. 4. Verbandangelegenheiten und Verschiedenes.
Wir bitten die Kollegen um zahlreiches und pünktliches Besuch dieser Versammlungen.

Achtung, Metallarbeiter!
Sonabend, den 10. Juli, in den Gesamträumen des Schloss Weissensee:
Gr. Sommernachts-Fest.
Gr. Konzert. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Grosses Brillant-Land- und Wasser-Feuwerk.
In beiden Sälen: **Grosser Ball.**
Anfang 5 Uhr nachmittags. Billet inkl. Tanz 30 Pf.
Nied. Röhre besagt das Programm, welches beim Eintritt zur Ausgabe gelangt. Billets sind bei den Kassieren und in sämtl. Zahlstellen zu haben.
Sonntag, den 20. und 27. Juni 1897, vormittags 9 Uhr:
Sonder-Vorstellung in der „Aronia“, Laubenstrasse 48/49: „Der Kampf um den Nordpol“.
Eintrittskarten sind bei den Kassieren, sowie im Verbandsbureau, Kinnestraße 39, zum Preise von 60 Pf. erhältlich.
Den Mitgliedern, welche die „Deutsche Metallarbeiter-Vereinigung“ wünschen, geben wir bekannt, daß sie sich dierfür an die Verbands-Vertrauensleute zu wenden haben. Die Vertrauensleute ersuchen wir unverzüglich anzugeben, wieviel Leistungen sie gebrauchen, um den Verband regeln zu können. Die alten Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ersuchen wir nochmals, ihre Mitgliedsbücher abzugeben, um dieselben mit der neuen Ord.-nummer versehen zu können; jedes Mitglied muß seinem Buche einen Zettel mit genauer Wohnungsangabe beifügen.
Die Ortsverwaltung.
O. J. Engelke, Neue Jakobstrasse 26, letzter alter Nordhäuser Ritter Pl. 1., 1/2 M. 0.50, extra alte Waare „1.40“, 0.70.
Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Achtung!
O. J. Engelke, Neue Jakobstrasse 26, letzter alter Nordhäuser Ritter Pl. 1., 1/2 M. 0.50, extra alte Waare „1.40“, 0.70.
Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Achtung!
O. J. Engelke, Neue Jakobstrasse 26, letzter alter Nordhäuser Ritter Pl. 1., 1/2 M. 0.50, extra alte Waare „1.40“, 0.70.
Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Achtung!
O. J. Engelke, Neue Jakobstrasse 26, letzter alter Nordhäuser Ritter Pl. 1., 1/2 M. 0.50, extra alte Waare „1.40“, 0.70.
Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Achtung!
O. J. Engelke, Neue Jakobstrasse 26, letzter alter Nordhäuser Ritter Pl. 1., 1/2 M. 0.50, extra alte Waare „1.40“, 0.70.
Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Achtung!
O. J. Engelke, Neue Jakobstrasse 26, letzter alter Nordhäuser Ritter Pl. 1., 1/2 M. 0.50, extra alte Waare „1.40“, 0.70.
Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Achtung!
O. J. Engelke, Neue Jakobstrasse 26, letzter alter Nordhäuser Ritter Pl. 1., 1/2 M. 0.50, extra alte Waare „1.40“, 0.70.
Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Achtung!
O. J. Engelke, Neue Jakobstrasse 26, letzter alter Nordhäuser Ritter Pl. 1., 1/2 M. 0.50, extra alte Waare „1.40“, 0.70.
Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Achtung!
O. J. Engelke, Neue Jakobstrasse 26, letzter alter Nordhäuser Ritter Pl. 1., 1/2 M. 0.50, extra alte Waare „1.40“, 0.70.
Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Achtung!
O. J. Engelke, Neue Jakobstrasse 26, letzter alter Nordhäuser Ritter Pl. 1., 1/2 M. 0.50, extra alte Waare „1.40“, 0.70.
Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Achtung!
O. J. Engelke, Neue Jakobstrasse 26, letzter alter Nordhäuser Ritter Pl. 1., 1/2 M. 0.50, extra alte Waare „1.40“, 0.70.
Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Achtung!
O. J. Engelke, Neue Jakobstrasse 26, letzter alter Nordhäuser Ritter Pl. 1., 1/2 M. 0.50, extra alte Waare „1.40“, 0.70.
Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Achtung!
Bauarbeiter! Bauarbeiter!
Sonntag, den 20. d. M., nachmittags 1 1/2 Uhr, bei Obst, Grunewaldstrasse No. 116:
Mitgliederversammlung des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter, Schöneberg.
Zahlfstelle
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereins-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes und Angelegenheiten.
Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung der Händler u. Händlerinnen Berlins u. Umgegend
am Sonntag, den 20. Juni, vormittags 11 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstrasse No. 27 c.
Tages-Ordnung:
1. Die Entwicklung des Ob- und Straßenhandels in Berlin. 2. Die Endverhandlung und Ogline in der Zentral-Engros-Markthalle. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 3. Diskussion.
Im Interesse der Sache werden die Ob- und Straßenhändler speziell eingeladen.
Die Agitations-Kommission der Händler.

Mariendorf Tempelhof Marienfelde
Sonntag, 20. Juni, nachm. 3 1/2 Uhr, 5. Teutschbein-Marienfelde:
Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins.
Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen Kochmann: Verbands-schafts-Organisation. Diskussion. — Gäste sind willkommen.
Der Vorstand.

Empfehle den Freunden und Bekannten mein
Weiß- und Baisischbier-Lokal.
Saal für Versammlungen u. Festschmitten, sowie Vereinszimmer, großer schattiger Garten und zwei verbedete Regalbahnen stehen zur Verfügung.
Adolf Neumann, Brunnenstr. 150.

Jul. Wernau's Festsäle, Schwedterstrasse No. 23-24.
Sonabend, den 19. Juni 1897:
Stiftungs-Fest
des geselligen Vereins „Türkische Pfeife“
bestehend in
grossem Sommernachts-Ball
unter gütiger Mitwirkung des Vereins Mithras und des Arbeiter-Gesangsvereins Gleichheit 1 (Mittels des H. Z. B.).
Zum Schluss: Lebensbild: „Die Schwalbe im Walde“. Die Kaffeepläne steht den Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. — Im Saal: **Grosser Ball** (Herren, die daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach Anfang 1 Uhr. Ende ??? Programme à 30 Pf. sind in allen mit Statuten besetzten Handlungen zu haben.
Achtung! Der Uebertritt steht in die Parterre. **Achtung!**

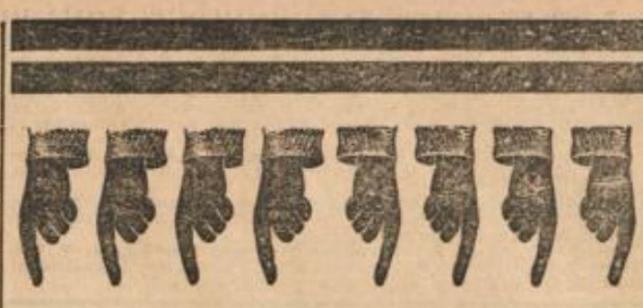
Parteigenossen!
Hüte nur mit Kontrollmarke
Schirme, Stöcke, Kravatten
Otto Gerholdt, Drebbenerstr. 9, Ecke Stoffstrasse
Das grösste Brot
schmackhaft u. kräftig — ca. 6 1/2 Pfd. 50 Pf. — der
Brotfabrik von N. Bobel jr., Müllerstr. 10-11
In folgenden Verkaufsstellen zu haben: 17839
Müllerstr. 173, Bahstr. 10a, Weidmstr. 23, Demminstr. 11, Köhlenerstr. (Ecke Friedrichsbergstr.), Scharnau-Allee 83, Danzigerstr. 15, Glatzerstr. 3, Dinstenstr. 23, Gendenerstr. 3.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren.
Franz Tutzauer, Compl. Wohnungs-Einrichtungen.
Tischlermeister, 1587
Berlin SW., Elächerstr. 14

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt
fest 1586
Schuhwaren en gros & en detail
in eleganter und solider Ausführung.
Arbeiter Berlins!
Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden fest, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen
Beillegungsstrasse 102
und
Rosenthalerstrasse 63/64
verkauft.
Weitere Filialen in Deutschland:
München, Sendlingerstr. 10, Köln a. Rh., Eigelstein 69.
Dachau, Dachauerstr. 88, Bremen, Gartenstr. 75.
Landshuterstr. 7, Hannover, Klagenmarkt 7a.
Frankfurt a. M., Viehhofen, Hamburg, Weidstr. 8a.
Berg 26, Leipzig, Seipenstr. 37.
Düsseldorf, Bismarckstr. 91, Braunschweig, Pöge 4.

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt
fest 1586
Schuhwaren en gros & en detail
in eleganter und solider Ausführung.
Arbeiter Berlins!
Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden fest, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen
Beillegungsstrasse 102
und
Rosenthalerstrasse 63/64
verkauft.
Weitere Filialen in Deutschland:
München, Sendlingerstr. 10, Köln a. Rh., Eigelstein 69.
Dachau, Dachauerstr. 88, Bremen, Gartenstr. 75.
Landshuterstr. 7, Hannover, Klagenmarkt 7a.
Frankfurt a. M., Viehhofen, Hamburg, Weidstr. 8a.
Berg 26, Leipzig, Seipenstr. 37.
Düsseldorf, Bismarckstr. 91, Braunschweig, Pöge 4.

Carolinehof, C. Mandt, Restaurant.
Dampfschiff-Station. (1929)
Zwischen Grönan und Schmüdow schönster Punkt der Oberspre. Stündliche Dampfbus-Verbindung Bahnhof Grönan. — Wald-Spielplätze.



Preisliste von
Carl Stier
Fabrik

für Herren- u. Knaben-Garderobe
168 Oranienstr. 168.
Potsdam:
Brandenburgerstr. 23.

Zur Sommer- und Reise-Saison.

A. Anzüge.

	Mark
Jacket-Anzug aus gewirtem Waschstoff	6,—
Jacket-Anzug aus melirtem haltbaren Waschstoff	8,—
Jacket-Anzug aus festem gewirtem Sommerstoff	10,50
Jacket-Anzug aus sehr festem gemusterten Sommerstoff	15 und 13,50
Jacket-Anzug aus leichtem Wollstoff, schöne Muster	16,—
Jacket-Anzug aus Lodenstoff, eleganter dauerhafter Anzug	22,50
Jacket-Anzug aus leichtem Sommer-Kammgarn, eleganter reinwollener Anzug	27,—
Jacket-Anzug aus gewirtem Stoff, praktische, melirte Muster	22,50
Jacket-Anzug aus leichtem blauen Cheviot	27,—
Jacket-Anzug aus feinem bayerischen Loden, elegant und sehr dauerhaft	30,—
Jacket-Anzug aus feinem gewirtem Stoff	33,—
Jacket-Anzug aus feinem, melirtem Kammgarn, sehr elegant	38,—
Jacket-Anzug aus feinem melirtem Cheviot, hochelegant	39,—
etc.	etc.

B. Joppen und Jackets.

	Mark
Joppe von grünemelirtem Stoff	1,25
Joppe von braunemelirtem Stoff	1,50
Joppe von grün- oder braunemelirtem Stoff	1,75
Joppe in starker Qualität, grün oder braun	3,—
Joppe in sehr starker Qualität, grün oder braun	3,75
Jacket von schwarz Lustré mit Aermelfutter	2,75
Jacket von schwarz Lustré mit Futter	4,50
Jacket von hellgrau oder hellmode Lustré	4,50
Jacket von melirtem Lustré	4,50
Jacket von schwarz Panama	5,50
Jacket von grau oder mode Panama	6,50
Jacket von elegantem Diagonal	6,—
Jacket von schwarz Cachemire mit Futter	7,50
Jacket von feinem schwarzen Lustré mit Futter	7,50
Jacket von feinem schwarzen Cachemire mit Futter	9,50
Jacket von prima Cachemire	12,—
Joppe von Loden, grau oder mode	6,—
Joppe von Loden, etwas kräftiger	7,50
Joppe von feinem Loden	10,50
Joppe von bayerischem Loden, sehr elegant	15,—
etc.	etc.

C. Hosen.

	Mark
Hose von Zwirnstoff	1,75
Hose von Molekin, waschecht	2,—
Hose von Zwirnstoff, sehr haltbar	2,75
Hose von Molekin, in schönen Mustern	3,50
Hose von Sommerstoff	4,50
Hose von leichtem Bauckskin	3,50
Hose von Zwirnbauckskin, sehr haltbar	5,—
Hose von gestreiftem Cheviot, schöne Muster	5,50
Hose von leichtem Velour, schmal gestreift	9,—
Hose von leichtem Cheviot, elegant und sehr dauerhaft	10,50
Hose in allen übrigen Qualitäten von	4,50—16,99

D. Staubmäntel und Havelocks.

	Mark
Staubmantel in Drell	4,50
Staubmantel in Lustré	8,—
Staubmantel in feinen gestreiften und melirten Mustern	12,—
Havelock in Loden, imprägnirt	2,—
Havelock in Diagonal-Loden, imprägnirt	12,—
Havelock in Strich-Loden	13,—
Havelock in reinwollenen Loden	20,—
Havelock in feinem melirten Loden	27,—, 25,— u. 22,50
Havelock in ff. Kameelhaarloden	36,—

E. Knaben-Anzüge.

	Mark
Joppen-Anzug für Knaben von 7 Jahren an	2,50
Joppen-Anzug in Waschstoff	3,50
Joppen-Anzug in feinerem Waschstoff	5,50—5,50
Joppen-Anzug von Turntuch	4,50
Joppen-Anzug von vorsehriftem Turntuch	5,50
Joppen-Anzug von ff. Wollturntuch	9,50

Nach ausserhalb sende Muster und Maassanleitung franko zu, doch nur von Qualitäten über 3 Mark. 1719L*